

HAMBURG Debatte 4

Juli 2011

Schwerpunkt:

Programmatisch eingreifen

Mehr Lärm um die Elbphilharmonie?

Es gibt nur ein Leben nach dem Tod

Riesenerfolg des Volksbegehrens

Direkte Demokratie statt Sozialbürokratie

Mehr Demokratie im Hamburger Wahlrecht

Der Unterschied zwischen Parlamentswahl und Supermarkt

Zur Zukunft der HSH Nordbank

Arbeitsmarktpolitik in Hamburg

„Containerschleuse“ und Elbvertiefung

Elbvertiefung sichert Arbeitsplätze

Wer Fleisch isst ...

Eine Welt zu gewinnen?

Zum Verhältnis Lohnarbeit und Kapital

Für ein anderes Arbeiten

Zu viel Erwerbsarbeit im Programm

Buchtip: Hamburger Totengericht

Wer soll mit wem und warum zusammenhalten

Sarrazin Abschaffen

Buchtip: Der wahre Reichtum

Zwischen Jerusalem und Nouakschott

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

Programmatisch eingreifen

Liebe Leserinnen und Leser,
die Dinge selbst in die Hand nehmen – programmatisch eingreifen: Es gibt konkrete und organisierte Opposition in Deutschland: gegen Atomkraft, gegen den Stuttgarter Bahnhof. Das macht Mut, und umso mehr müssen wir vor der Haustüre, in Hamburg, nach dem Rechten sehen. Denn schließlich, so heißt im Programmentwurf der LINKEN: „Wir wollen dazu beitragen, dass aus passivem Unmut aktive Gegenwehr wird.“ Also die Dinge selbst in die Hand nehmen, die Verantwortung nicht einfach auf das Parlament oder die eigenen Abgeordneten abschieben, sich nicht dem Markt oder dem Investor anvertrauen. Nicht auf Rettung von außen hoffen, sondern es „selber tun“.

Was im Einzelnen und was in Hamburg? Die Nummer vier der Debatte hat sich eine Reihe konkreter, Hamburger Fragen vorgenommen, klar definierte Fragen, die die Einwohner anpacken können, indem sie sich organisieren, indem sie klarmachen, wie es nicht sein soll und wie es statt dessen zu gehen hat. Ziel ist also nicht einfach Kritik an der Politik der Senatsmehrheit. Kritik muss zur Aktion werden. Das ist möglich, wenn eindeutige Projekte bestimmt sind, angepackt werden können. Oder grundsätzlicher: Ohne gemeinsame Anstrengung der Vielen geht nichts. Die gesellschaftliche Regulierung für menschliche Verhältnisse setzt den Bruch mit der Profitdominanz voraus, sie ist Sache der Subjekte selbst. Bei all dem muss die Debatte nicht völlig Neues ans Licht bringen. Das allermeiste ist – wenigstens in seinen Umrissen – bekannt. Wichtig aber ist, die Leser in ihren Zweifeln zu bestätigen an der eingeübten politischen Praxis. Es ist Front zu machen gegen das Gerede von der Anspruchsinflation.

Vielmehr müssen wir alle lernen, Ansprüche zu stellen und durchzusetzen. In dieser Praxis entsteht eine andere Gesellschaft. In diesem Sinne versucht diese Ausgabe der Debatte, die gegenwärtigen Auseinandersetzungen in Hamburg zu verbinden mit den Grundfragen gesellschaftlicher Entwicklung. Diese Fragen sind nicht zuletzt Gegenstand der Programmdebatte in der LINKEN. Deswegen befasst sich diese Ausgabe der Debatte auch mit einem wichtigen Diskussionspunkt, nämlich dem Arbeitsbegriff im Programmentwurf. Hier machen gleich drei Leute ihre Sicht klar.

Eine anregende und interessante Lektüre dazu wünscht Euch

Eure Redaktion

Editorial	2
Mehr Lärm um die Elbphilharmonie? Siri Keil	3
Es gibt nur ein Leben nach dem Tod Norman Paech	5
Riesenerfolg des Volksbegehrens Gilbert Siegler	6
Direkte Demokratie statt Sozialbürokratie Timm Kunstreich	8
Mehr Demokratie im Hamburger Wahlrecht Norbert Hackbusch	10
Der Unterschied zwischen Parlamentswahl und Supermarkt Kristian Glaser	11
Zur Zukunft der HSH Nordbank Joachim Bischoff	12
Arbeitsmarktpolitik in Hamburg Peter Petersen	14
Impressum	15
„Containerschleuse“ und Elbvertiefung Gerald Kemski	16
Elbvertiefung sichert Arbeitsplätze Detlef Baade	17
Wer Fleisch isst ... Annette Sawatzki	18
Eine Welt zu gewinnen? Uli Ludwig und Hartmut Obens	20
Zum Verhältnis Lohnarbeit und Kapital Kersten Artus	22
Für ein anderes Arbeiten Hildergard Heinemann	23
Zu viel Erwerbsarbeit im Programm Herbert Schui	24
Buchtipp: Hamburger Totengericht Olaf Walther	25
Sozialer Zusammenhalt: Wer soll da mit wem und warum zusammenhalten Herbert Schui	26
Sarrazin Abschaffen Cansu Özdemir	27
Buchtipp: Der wahre Reichtum Tilman Rosenau	28
Zwischen Jerusalem und Nouakschott Norman Paech	29



Mehr Lärm um die Elbphilharmonie?

In Zeiten von „Stuttgart 21“ und dem landesweit viel diskutierten Renaissance der Bürgerproteste fragt man sich warum nie massive öffentliche Proteste gegen das Projekt Elbphilharmonie aufgeflammt sind.

Foto: BA Archiv

Im Frühjahr 2011 geht das Prestige-Projekt Elbphilharmonie in die vierte Regierungsrunde. Fast zehn Jahre nach der ersten Präsentation durch die CDU/Schill/FDP-Regierung und fünfeinhalb Jahre nach dem einstimmigen Bau-Beschluss von CDU, SPD und GAL ist das Prestigeprojekt zwar immer noch nicht fertig. Berühmt ist sie aber schon: als Beispiel für eine Kostenexplosion, die ihresgleichen sucht. Ursprünglich sollte die Stadt den Bau von privaten Investoren und Mäzenen – im Gegenzug für das Zurverfügungstellen des alten Kaispeichers – quasi geschenkt bekommen. Dann stieg die Stadt mit 77 Millionen Euro Steuergeld ein – , und diese öffentlichen Kosten vervierfachten sich auf 323 Millionen Euro, mit denen das Projekt seit 2009 offiziell veranschlagt wird. Die tatsächlichen Baukosten für den städtischen Teil der Elbphilharmonie liegen allerdings noch weitaus höher und sind rechnerisch mittlerweile nur schwer nachvollziehbar zu ermitteln. Hinzu kommt, dass nach wie vor nicht geklärt ist, wann die Elbphilharmonie tatsächlich eröffnet werden kann – und mit jedem Tag, der vergeht, entstehen der Stadt neue Kosten. Zum Einstand der neuen SPD-Alleinregierung wird nun berichtet, dass mit weiteren Mehrkosten von 100 Millionen Euro zu rechnen ist.

Die neue Kultursenatorin der SPD, Barbara Kisserler, will nun zwar andere Saiten aufziehen: Ihre Behörde werde dem privaten Partner künftig deutlich vermitteln, „dass wir uns nun wirklich nicht länger alles bieten lassen“. Inwieweit das bei der katastrophalen Vertragslage etwas nützt, die die SPD ja mitverantworten hat, ist allerdings sehr fraglich. Unter den Bürgerschaftsparteien ist DIE LINKE die einzige, die sich beständig gegen das Projekt Elbphilharmonie ausgesprochen hat. Beim Einzug der LINKEN in die Bürgerschaft Anfang 2008 war der Bau allerdings schon in vollem Gange, ein Abbruch des Projekts vertraglich nicht mehr mög-

lich. Um die Ursachen der Kostenexplosion aufzuklären, setzte die Bürgerschaft im Mai 2010, auch auf Drängen der LINKEN, den Parlamentarischen Untersuchungsausschuss (PUA) Elbphilharmonie ein. Bis zum vorzeitigen Ende der schwarz-grünen Regierung konnten die entscheidenden Fragen allerdings nicht geklärt werden. Daher forderte DIE LINKE am Ende der Wahlperiode vehement die Weiterführung des PUAs und begrüßt nun ausdrücklich dessen Neueinsetzung. Die Bürgerschaftsfraktion legte Anfang Februar dazu nicht nur einen ergänzenden Minderheitsbericht vor, sondern auch die Broschüre „Kostenexplosionsursachenforschung.“

Darin präsentierte die LINKE als erste und bisher einzige Partei eine Bilanz, die sich um eine transparente Aufbereitung der vorliegenden Zahlen und Fakten bemüht. In einer aktuellen Berechnung präsentiert dieser Bericht eine erschreckende Zahl: Die eigentlichen Kosten, die die Stadt insgesamt für das Projekt Elbphilharmonie zu zahlen hat, liegen momentan bei 565.598.927 Euro. Die Ursachen für diese Kostenexplosion liegen, soweit lässt sich sagen, in der Frühphase des Projekts – in seiner ineffektiven politischen Organisation, in der schlechten Aufstellung der städtischen Akteure gegenüber einem ausgefuchsten Baukonzern und in einer mangelnden Risikoanalyse. Insbesondere das verschachtelte Vertragswerk, das die Stadt mit dem privaten Partner Hochtief und seiner Objektgesellschaft Adamanta KG verbindet, bietet viel Auslegungsspielraum für Baujuristen und damit Einfallstore für Kostensteigerungen. Ein in der Öffentlichkeit bisher kaum wahrgenommenes Skandalon ist der Umstand, dass die Stadt auch an dem nicht-öffentlichen Teil der Elbphilharmonie – einem Luxushotel, Restaurant und einer Tiefgarage – in Form einer Public-Private-Partnership (PPP) beteiligt ist. Die Stadt ist damit u. a. Bauherrin für ein Fünf-Sterne-Hotel der Sheraton-

Kette, aus dem der Stadt zudem für 20 Jahre – so lange läuft der abgeschlossene Pachtvertrag – keinerlei Einkünfte zufließen.

Warum gibt es kein „Elphi 21“?

In Zeiten von „Stuttgart 21“ und dem landesweit viel diskutierten Renaissance der Bürgerproteste fragt man sich mitunter, warum angesichts dieser skandalösen Kostenexplosion, der offensichtlichen Misswirtschaft der politischen Entscheidungsträger nie massive öffentliche Proteste gegen das Projekt Elbphilharmonie aufgeflammt sind. Zum einen schien es immer schon „zu spät“ zu sein, als die Kostenexplosion und das dahinterstehende politische Versagen offenbar wurden. Die Verträge waren unterschrieben, der Bau im Gange – das Gefühl, tatsächlich noch verändernd eingreifen zu können, stellte sich nicht ein. Und grundsätzlich scheint die Frustrationstoleranz, was die massive Verschwendung öffentlicher Gelder und die Misswirtschaft der Politik betrifft, durch Gewöhnung an immer neue Fälle eher angewachsen zu sein. „Die da oben machen ja doch, was sie wollen“ scheint für viele Menschen eine Schlussfolgerung zu sein, die sie eben nicht auf die Straße bringt. Durch ihre exponiert isolierte Lage, am westlichen Rand der Hafencity, liegt die Elbphilharmonie außerhalb der tagtäglichen Umgebungsrealität der meisten Hamburgerinnen und Hamburger. Anders als im Fall von Stuttgart 21 musste für sie kein Baum gefällt, keine öffentliche Grünanlage zerstört, keine vertraute historische Bausubstanz abgerissen und kein Mineralwasservorkommen gefährdet werden – eine ganze Bandbreite an Gründen, aus denen sich die unterschiedlichsten Interessengruppen in ihrem Protest gegen den Stuttgarter Tiefbahnhof zusammenschließen haben. Solche konkret und direkt erlebbaren Einschnitte in die Lebenswelten der HamburgerInnen bleiben beim Elphi-Bau aus. Die Einschnitte gibt es, aber sie sind indirekt – vermittelt über das vielen Menschen kaum verständlich zu machende Abstraktum „Haushalt“. Was der Senat für die Elbphilharmonie verpulvert, wird woanders eingespart und weggekürzt. Kürzungen und Gebührenerhöhungen bei Bildung, Kitas, Gesundheit und sozialen Einrichtungen bedeuten sehr konkrete Einschnitte für die Betroffenen. Doch weil Ursache und Wirkung räumlich, zeitlich und ressortpolitisch auseinanderliegen, findet ihre Verbindung bei etwaigen Protesten relativ selten Beachtung.

Stachel im Speck

In Hamburg hat sich keine „Elphi 21“-Bewegung herausgebildet, aber dennoch ist hier in den letzten

Jahren ein erstaunliches Protestpotential entstanden. Die Kulturszene ist sich spätestens seit den Kulturkürzungen im vergangenen Herbst einig, dass sie nicht Teil einer Kultur-Marke Hamburg sein will, für die die Elbphilharmonie das Aushängeschild ist. Und die zerstörerischen Effekte neoliberaler Stadtentwicklung, für die die Elphi als Symbol gelten kann, sind längst zum stadtweiten Thema geworden: die Verdrängung von weniger wohlhabenden Bevölkerungsgruppen aus den zentralen Stadtteilen, rasant steigende Mieten, Wohnungsnot bei gleichzeitig riesigem Büroleerstand. Seit 2009 haben sich Initiativen aus den unterschiedlichsten Stadtteilen und mit unterschiedlichen Interessenlagen und Ansätzen zusammengeschlossen. Dieses Netzwerk aus Stadtteilaktivisten, engagierten BürgerInnen und Kulturschaffenden bündelt seine Schwerpunkte in der gemeinsamen Forderung nach einem „Recht auf Stadt“. Die 44 Initiativen setzen sich für u. a. für bezahlbaren Wohnraum, städtische Freiräume, die Erhaltung von öffentlichen Grünflächen“ und „gegen Gentrification und neoliberale Stadtentwicklung“ ein. Und auch gegen die Elbphilharmonie hat es aus den Reihen des „Recht auf Stadt“-Netzwerkes dankenswerterweise immer wieder einzelne Aktionen gegeben. Allerdings lässt sich fragen: Warum soll man sich mit einer einzelnen Kampagne an dem abstrakten Fall Elbphilharmonie abarbeiten, wenn es viel effektiver ist, z. B. konkret das Gängeviertel vor dem Verfall zu bewahren oder Grünanlagen gegen die Moorburgtrasse zu besetzen, oder, oder, oder? Auch wenn sie nicht im Zentrum einer eigenen Protestbewegung steht, erfüllt die Elbphilharmonie durchaus eine Funktion bei den zunehmenden Protesten in der Stadt. Sie sitzt wie ein Stachel im Hamburger Speck. An diesem Stachel kann jederzeit gerüttelt werden, um die politisch Verantwortlichen an ihre irrlichternde stadtentwicklungspolitische Dekadenz und ihre abgehobene Politik vorbei an realen Problemen der Stadt zu erinnern. Denn das Projekt Elbphilharmonie ist und bleibt ein unerträglicher Skandal: Profilierungssüchtige politische Entscheidungsträger lassen zu, dass die Stadt von profitorientierten Baubranchen-Profis nach Strich und Faden ausgenommen wird. Bezahlt wird diese Verschwendung nicht von den politisch Verantwortlichen und ihren Standort-Aposteln. Man kann es drehen und wenden wie man will – am Ende fehlen diese Mittel für die sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Initiativen in Hamburg.

Siri Keil,

Mitarbeiterin von Norbert Hackbusch, kulturpolitischer Sprecher der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE.

1) Hamburger Abendblatt, 30. April 2011

2) Die Broschüre kann bei der Bürgerschaftsfraktion bestellt werden und ist auch verfügbar unter www.linksfraktion-hamburg.de/uploads/media/DIE_LINKE_KostenexplosionsUrsachenforschung.pdf

3) <http://www.rechtaufstadt.net/>

Es gibt nur ein Leben nach dem Tod ...

Am Donnerstag, dem 12. Mai starb Horst Bethge im Alter von 75 Jahren. Er starb bei seiner Familie, die ihm Jahrzehnte lang die Kraft gegeben hat, eine ganz außergewöhnliche politische Existenz zu leben.

Horst war ein durch und durch politischer Mensch, der sein Leben als Aufgabe begriff, in die Auseinandersetzungen unserer Gesellschaft einzugreifen und eine Zukunft in Frieden und sozialer Gerechtigkeit mitzugestalten. Sein Engagement als Pädagoge, Initiator und Aktiver vieler außerparlamentarischen Bewegungen und Parteigenosse machten ihn zu einer Person der Zeitgeschichte, die so viele Ideen und Aktivitäten der demokratische und Friedensbewegung in sich bündelte, wie kaum ein anderer. Der innere Auftrag kam aus den noch nahen Erfahrungen des Krieges und des Faschismus. Sein Beruf bot ihm die Mittel: Erziehung und Bildung.

Schon in den fünfziger Jahren war er einer der Initiatoren der Bewegung „Kampf dem Atomtod“ und der sich über das ganze Bundesgebiet ausdehnenden Ostermärsche, in denen Horst bis zuletzt aktiv blieb. Das brachte ihm 1959 zwar den Ausschluss aus der SPD ein, konnte ihn aber kaum beeindrucken. Er gründete ein Jahr später mit anderen Friedensfreunden die Deutsche Friedensunion, welche Jahrzehnte lang die zentrale Plattform seiner politischen Arbeit war. Denn Horst war kein Sektierer, er erkannte die Notwendigkeit einer breiten politischen Basis mit einer wirksamen Organisation. So gehörte er dann zu den Gründern der PDS in Hamburg und schuf maßgeblich die Voraussetzungen, dass sich PDS und WASG zur LINKEN auch in Hamburg zusammenschlossen. Er war langjähriger Sprecher der AG Bildung der PDS und Mitglied im Landesvorstand der Hamburger LINKEN. Er war schneller und ausdauernder in der politischen Orientierung als manche seiner Genossinnen und Genossen – und daher anstrengender. Was ihn aber so ungewöhnlich in einer Partei machte, er benutzte seinen Einsatz nie für sich selbst, ein Mann ohne Eitelkeit, ohne Karriereinteresse nur an der Sache interessiert, vollkommen unmodern.

Horst entwickelte eine erstaunliche politische Fähigkeit, in verschiedenen Organisationen gleichzeitig für seine Ziele zu arbeiten: Gewerkschaft, Partei, außerparlamentarische Bewegung. Während seiner Friedensarbeit mit dem Krefelder Appell 1980 gegen die NATO-Raketenstationierung, mit der Gründung der „PädagogInnen für den Frieden“ und der Organisation zahlreicher internationaler Friedenskongresse mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) kämpfte er gegen eines der destruktivsten Mittel deutscher Nachkriegspolitik, die Berufsver-



Foto: BA Archiv

bote. Dies war wirklich ein Kampf, den er mit dem Ausschuss „Weg mit den Berufsverboten“ gegen Verwaltung und Justiz aufnahm. Denn der krankhafte Antikommunismus zerstörte mit den aggressivsten Mitteln der Geheimdienste die Lebensentwürfe junger Menschen und schreckte vor keiner Diffamierung zurück. Horst nahm sich der Opfer – viele Lehrerinnen und Lehrer – an und konnte ihre Unterstützung bis weit über die Grenzen ins Ausland organisieren. Horst war zäh, er steckte nicht auf, auch wenn die Arbeit mitunter allein auf seinen Schultern lastete, und er überwand dieses dunkle Kapitel deutscher Innenpolitik. Dafür gab es niemals einen Preis.

Woher nahm dieser Mann all die Kraft und Energie? Da kommt vieles zusammen: die klare Perspektive eines Lebens für den Frieden und die Demokratie, sein Optimismus in die Veränderbarkeit der Verhältnisse, seine Menschenfreundlichkeit und Solidarität, die ihm zurückgegeben wurde von allen, denen er half und die mit ihm zusammen arbeiteten, und nicht zuletzt der Rückhalt in seiner Familie. Horst war ein Linker wie er sein soll: kritisch, unbequem, konstruktiv und solidarisch.

Es gibt nur ein Leben nach dem Tod – in der Erinnerung. Bewahren wir uns das Bild dieses so überaus anregenden, anstiftenden und optimistischen Freundes. Wir werden ihn immer vermissen, er wird in unserer Arbeit fehlen, aber in der Erinnerung werden uns seine Kraft und seine Freundlichkeit erhalten bleiben.

Norman Paech und die Redaktion der Debatte

Riesenerfolg des Volksbegehrens

Mit 116.000 Unterschriften hat das Volksbegehren (VB) für eine Rekommunalisierung der Energieversorgungsnetze in Hamburg und für eine direkt-demokratische Kontrolle des städtischen Netzbetreibers einen großen Erfolg erzielt.

Wie ist dieser Erfolg möglich geworden?

Das Bündnis Unser Hamburg – unser Netz (1) hat drängende Probleme der meisten HamburgerInnen aufgegriffen: Die Preistreiberei von Vattenfall und Co., die Rücksichtslosigkeit, mit der für Atomprofite Gesundheit und Leben vieler Millionen Menschen aufs Spiel gesetzt werden, der hinhaltende Widerstand gegen eine Abkehr von der klimazerstörenden fossilen Energiegewinnung.

Das Bündnis hat gleichermaßen ökologische und soziale Interessen formuliert. Die Übernahme der Netze in die Öffentliche Hand wurde klar als erster Schritt hin zu einer Energieversorgung bestimmt, die nicht profitdominiert ist, sondern als gesellschaftliche Daseinsvorsorge menschliche Grundbedürfnisse absichert. Damit wurde auch den miserablen Erfahrungen mit den Privatisierungen der letzten Jahre Rechnung getragen.

Es handelt sich um ein breites außerparlamentarisches Bündnis, das zu Parteien die Distanz hält, die nötig ist, um seine politische Breite nicht zu gefährden. Gleichwohl wird sehr wohl gesehen, dass DIE LINKE die einzige Partei ist, die die Forderungen des Bündnisses von Anfang an aktiv unterstützt hat.

116.000 Unterschriften wären nie zusammen gekommen, wenn nicht so viele Junge und Alte, HamburgerInnen und etliche auswärtige UnterstützerInnen, Mitglieder verschiedener Parteien und Organisationen und nirgendwo Organisierte aktiv geworden wären. Das Volksbegehren wurde zu einer Bewegung, weil es grundlegende Interessen der Menschen aufnahm und an den Kampf gegen Atom- und Kohlestrom, für eine Energiewende anknüpfen konnte.

Die Rolle der LINKEN

Die Forderungen des Bündnisses entsprechen denen der LINKEN, während alle anderen Bürger-schaftsparteien die Privatisierung gesellschaftlicher Daseinsfürsorge und anderen öffentlichen Eigentums aktiv betrieben haben. Die GAL hat das Volksbegehren unterstützt, aber eine grundsätzliche Abkehr von der neoliberalen Privatisierungspolitik gibt es bis heute nicht. Mitglieder der LINKEN haben ca. 10.000 Unterschriften gesammelt.

Die Partei hat vor und während der Kampagne das Bündnis in vielfältiger Weise durch Öffentlichkeitsarbeit, organisatorisch, personell und finanziell unterstützt. Die Bürgerschaftsfraktion war durch eigene Materialien (Plakat, Flyer), Aktivitäten in der Bürgerschaft usw. aktiv.

DIE LINKE hat das Bündnis nach Kräften unterstützt und nicht versucht, das Volksbegehren für das eigene öffentliche Auftreten zu instrumentalisieren. Gerade dadurch hat sie im Bündnis und den dieses tragenden Organisationen deutlich an Glaubwürdigkeit und an Statur gewonnen.

Das Bündnis stellt die Eigentums- und die Machtfrage. Das ist ein Anliegen jeder linken Partei, wenn sie diesen Namen verdienen will. Die Mobilisierung der LINKEN war trotzdem kein Selbstgänger und sie ist nicht vollständig gelungen. Auf dem Hintergrund innerparteilicher Konflikte und mehrerer verlorener Volksbegehren gab es bei vielen Mitgliedern große Zweifel an der eigenen Wirksamkeit, die oft auch auf die außerparlamentarischen Bewegungen übertragen wurden. Im Laufe der drei Wochen stiegen aber die Aktivitäten deutlich an. Im Ergebnis können wir sagen: Das ist auch unser Erfolg!

DIE LINKE, nicht nur in Hamburg, kann einige Lehren aus dieser Kampagne ziehen:

Gelingt es, Vattenfall und E.on die Energienetze in Hamburg samt der Fernwärmeerzeugung abzunehmen, wäre das eine Schwächung zweier Konzerne, die zum Kern der ökonomischen und politischen Macht gehören. Da das VB schon jetzt in anderen Städten Schule zu machen beginnt, reichen die Folgen weit über Hamburg hinaus.

Eine Rekommunalisierung der Netze und demokratische Kontrolle der kommunalen Netzbetreiber wäre ein Meilenstein für die Energiewende und ein Schritt in Richtung sozial-ökologischen Umbaus der Gesellschaft insgesamt.

Es bestätigt sich die Erfahrung, dass nennenswerte gesellschaftliche Veränderungen nur durch breite außerparlamentarische Bündnisse durchgesetzt werden können. Linke Parteien sind kein Selbstzweck, sondern sie sind ein Instrument zur grund-

legenden Veränderung dieser Gesellschaft. Weil wir das beherzigt haben, konnten wir mit dem Bündnis erfolgreich sein.

Viele Tausend Menschen in Hamburg haben die Erfahrung gemacht: Auch gegen einen Großkonzern und das Kartell der kapitalfreundlichen Parteien können wir etwas erreichen. „Die da oben machen doch, was sie wollen“ gilt für die AktivistInnen und die meisten UnterzeichnerInnen nicht mehr. Diese Erfahrung, dass sich durch gemeinsames solidarisches Handeln etwas verändern lässt, ist für jede gesellschaftliche Veränderung unabdingbar.

Wie geht es weiter?

Der SPD-Senat muss jetzt Farbe bekennen. Olaf Scholz' Idee einer Beteiligung von 25,1 Prozent, die „strategischen Einfluss“ verschaffen solle, ist lediglich eine Nebelkerze. Nach 116.000 Unterschriften, darunter die zwei früherer SPD-Bürgermeister, wird es in der SPD Unruhe geben.

Viele SozialdemokratInnen haben das VB unterstützt. Mit einem Umdenken des Bürgermeisters ist aber nicht zu rechnen. Die Beziehungen zu Vattenfall sind offenbar so eng, dass eine konzernunabhängige Politik von der Hamburger SPD nicht zu erwarten ist.

► Der Volksentscheid wird kommen. Es ist sorgfältig abzuwägen, ob dieser aus Sicht des Bündnisses 2012 oder 2013 stattfinden soll. 2013 könnte er parallel zu Wahlen stattfinden. Es besteht allerdings die Gefahr, dass der Scholz-Senat bis dahin Fakten schafft.

► Die GAL wird sich entscheiden müssen. Will sie mit Rücksicht auf spätere Koalitionen einen Kurs der Zusammenarbeit – also Unterordnung – mit Vattenfall und Co. fahren oder will sie sich für eine tatsächliche Energiewende einsetzen, die nur gegen die Konzerne machbar ist?

► Die Unterstützung der Grünen für das Merkel-sche „Atomausstiegsgesetz“ lässt wenig Gutes erwarten.

► DIE LINKE wird bei ihrer klaren Haltung bleiben.

Ein wirksamer Klimaschutz, der die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 senkt, ist nur mit Fernwärme möglich, die nicht aus Kohle gewonnen wird. Deshalb hat der Kampf gegen den Bau der Vattenfall-Fernwärmetrasse aus Moorburg große Bedeutung.

Eine Energiewende ist nur ohne Vattenfall und Co. möglich, es

geht also wirklich um eine 100%ige Übernahme der Netze. Auch dem Argument, die Übernahme sei nicht bezahlbar, müssen wir konsequent entgegenreten mit dem Hinweis, dass (einem BGH-Urteil von 1999 entsprechend) der Preis für die Netze nur so hoch sein darf, dass er durch die Netzerlöse finanziert werden kann. Die Übernahme würde den Hamburger Haushalt folglich mit keinem Cent belasten. Außerdem sind die Netze von den HamburgerInnen durch überhöhte Preise ohnehin längst bezahlt; politisch richtig wäre eigentlich eine Enteignung, die das berücksichtigt.

Die Diskussion mit den Betriebsräten bei Vattenfall und E.on sowie den Gewerkschaften muss jetzt verstärkt aufgenommen werden. Die Befürchtung von Betriebsräten und Vertrauensleuten, eine Re-kommunalisierung könnte zu Arbeitsplatzverlusten führen, ist ernst zu nehmen. Wir müssen z. B. deutlich machen, dass ein Umbau der Netze eher mehr Arbeit macht.

Die zweite Forderung des VB, „verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien“ muss konkretisiert werden, besonders hinsichtlich der demokratischen Kontrolle.

Die Energiewende ist das Herzstück des sozial-ökologischen Umbaus. Sie wird auch in den nächsten Jahren eine wesentliche Aufgabe der LINKEN in Hamburg sein.

Gilbert Siegler, Sprecher der AG Umwelt, Energie und Verkehr

(1) Zum Bündnis gehören Attac, BUND, Diakonie und Bildung des Ev. Kirchenkreises Hamburg-Ost, Initiative Moorburgtrasse stoppen, Robin Wood, Verbraucherzentrale, „

Foto: BA Archiv

Direkte Demokratie statt Sozialbürokratie

Für ein Streitbares Konzept lokaler Politik

So richtig es ist, dass lokale Politik von den Rahmenbedingungen der jeweiligen nationalen oder internationalen Politiken abhängig ist, so falsch ist m. E. der konkrete Umgang mit diesem Thema, wenn er sich darin erschöpft, von lokaler Ebene lediglich Forderungen nach „oben“ für ein „Mehr-desselben“ zu stellen. Sicherlich ist es richtig, wenn man z. B. eine Erhöhung der ALG II –Sätze fordert oder die Perspektive eines garantierten Mindesteinkommens aufmacht. Nur politisierend wirkt so etwas weder in kommunalen Auseinandersetzungen noch gar im lokalen Wahlkampf. Politisierend wirkt nur etwas, was eine „moralische Dimension“ (Antonio Gramsci) besitzt, worüber man sich aufregen kann und was eine praktische Handlungsoption enthält. Die mit der Vergabe von Hartz IV und die mit der Repression der Ausländerbehörde verbundene Entwertung, Beschämung und Ohnmacht machen wütend und zornig, führen ohne eine Perspektive für konkretes Handeln aber eher zu Resignation. Radikale, d. h. an die Wurzel gehende Politik muss also Handlungsperspektiven aufzeigen, die an erfahrener Ohnmacht anknüpft und gezielt, aber praktikabel die Grenzen des herrschenden Konsenses überschreitet. Gerade wenn sie sich primär an nur eine Zielgruppe richtet, muss sie inhaltlich so gestaltet sein, dass sich auch andere Gruppen mit dem Anliegen identifizieren können.

Am Beispiel der Kinder, der Jugendlichen, der Menschen mit Behinderungen und der Drogennutzer möchte ich ein Konzept politischer „Agitation“ vorschlagen, das auf gesicherte Teilhabe und direkte Demokratie zielt und das zugleich Argumente dafür liefert, Sozialbürokratien als die Verwalter des hegemonialen Konsenses weitgehend abzuschaffen: statt Kontrolle von oben Selbstregulation von unten.

Projekte direkter Demokratie als lokale Sozialpolitik Beispiel: Kinder:

Noch stärker als an den Ausländern wird an den Kindern die Herkunft unserer Gesellschaft aus dem Feudalismus deutlich. Beide besitzen nicht einmal im Sinne bürgerlichen Rechts volle Subjektrechte. Ließe sich der Status der Ausländer durch Hebung des deutschen „Blut-und-Boden“-Staatsbürgerschaftsrechts auf west-europäisches Niveau um Einiges verbessern (was im Ansatz geschehen ist), so rührt jede Veränderung des Status von Kindern an die Grundfesten der patriarchalen Familienstruktur. Will man diese nicht immer wieder verdoppeln, sondern auch Kindern einen eigenständigen Status zugestehen, sollten wir - als ersten Schritt - Elternschaft als nur zeitweilige Treuhänderschaft für Kin-

derrechte verstehen. Unter diesem Aspekt lässt sich die Diskussion um den „Kita-Gutschein“ und ähnliche Modelle ganz anders führen als üblich (vgl. meine Argumente in Dokumentation des AK Kinder- und Jugendarbeit über die Kita-Fachtagung vom Nov. 2010). Zunächst könnte zumindest argumentativ der Rechtsanspruch eines Kindes auf einen eigenen Platz in der Gesellschaft von seiner frauen- und sozialpolitischen Instrumentalisierung befreit werden. Öffnungszeiten an den Arbeitsrhythmus der Eltern, Rechtsansprüche an die Lohnabhängigkeit der Frauen zu koppeln usw., macht die Kita zu einem Anhängsel der Arbeitsmarktpolitik und verhindert die (natürlich immer nur relative) Autonomie der Kitas – entsprechend niedrig ist deren Ansehen und das Einkommen der dort Beschäftigten.

Die den Eltern im Kita-Gutschein-System zugebilligte individuelle Nachfragemacht sollte in eine weiter reichende kollektive Teilhabemacht umgewandelt werden, z. B. durch Gründung Stadtteilbezogener Elterngenossenschaften. Jedes Kind würde mit der Geburt einen Genossenschaftsanteil bekommen, der von den Eltern treuhänderisch verwaltet würde. Wenn bei Geburt eines Kindes eine pauschalisierte Summe Geldes auf ein entsprechendes Genossenschaftskonto eingezahlt würde, könnten die Zinsen für Zwecke der Genossenschaftsaktivitäten genutzt werden, z. B. für Beratung, freiwillige Arbeit, Veranstaltungen usw. Das wäre allerdings nur ein Nebenaspekt. Der Hauptzweck derartiger Kooperativen wäre die gleichberechtigte Teilhabe an Leitung und Planung, Veränderung, Erweiterung oder Schließung von Kindereinrichtungen im Wohn- (und ggf. auch im Arbeits-) Bereich der Eltern. Derartigen Kooperativen käme also eine ähnliche Macht zu wie den kommunalen Geldgebern (Jugendämtern) und den jeweiligen freien oder kirchlichen Trägern der Kitas bzw. der „Vereinigung“ (größter kommunaler Träger in Hamburg). Dass und wie ein derartiges Modell funktionieren kann, zeigen die vergleichbaren Kitas in Reggio/Emilia, die vor über 50 Jahren als kommunale Kooperativen gegründet wurden. Als Nebeneffekt könnten die Mittel für Leitungsstellen von Kitas umverteilt werden und statt dessen ein entsprechendes Fortbildungs- und Fachberatungssystem aufgebaut werden. Die Leitung würde – wie in Reggio – ein Kollektiv aus Eltern und Erzieherinnen übernehmen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich vorzustellen, dass aus derartigen „Kinderzentren“ lebendige Treffpunkte im Stadtteil werden, in denen auch weitere Dienstleistungen vermittelt werden könnten: von Tauschbörsen über Bildungsveranstaltungen bis hin zu Maßnahmen, die heute un-

ter dem Titel „Hilfe zur Erziehung“ laufen. Grundlegend wäre: derartige Kooperativen müssten eine klare regionale Zuständigkeit und Begrenzung haben, um ein Gegengewicht zu den institutionellen Eigeninteressen sowohl des Jugendamtes als auch der Träger zu bilden. Nicht zu vergessen ist, dass ein derartiges Vorgehen im Ansatz ein „Bürgerhaushalt“ wäre, der diese Bezeichnung auch tatsächlich verdiente.

Die frauenpolitische Bedeutung derartiger Kooperativen würde sich nicht nur aus der Kritik der Instrumentalisierung von Kinderinteressen für Frauen- und Mütterinteressen herleiten, sondern vor allem aus der Tatsache, dass es vor allem Frauen sein werden, die diesen spezifischen Bereich kommunaler Öffentlichkeit und Politik wesentlich bestimmen würden.

Beispiel: Jugend

Spätestens seit Anfang der 80er Jahre ist für alle, die sich mit dem Thema „offene Jugendarbeit“ beschäftigen, klar, dass sich die existierenden Häuser der Jugend überlebt haben (Vgl. die intensive Debatte um die „Mobile Jugendarbeit“ Mitte der 80er). Jugendliches Engagement ist heute mehrheitlich Themen bezogen, verbindet eigene Interessen mit den Chancen des Treffens anderer, ist auf kürzere Zeiträume angelegt und beinhaltet den Anspruch, bei Änderung der Interessen auch wieder aussteigen zu können (vgl. die Shell-Studien seit 1982). Derartige jugendliche „Eigensinnigkeiten“ können sich in den großen Häusern der Jugend kaum oder nur unzureichend realisieren.

Vorschlag: Alle Häuser der Jugend werden verkauft bzw. in das umgewandelt, was viele jetzt schon sind: in Interkulturelle Begegnungsstätten. Das erzielte Geld wird in einen „Jugendfond“ für alle 12- bis 18-jährigen eingezahlt, der um die Summe für die Sachmittel und die Gehälter der in der offenen Jugendarbeit beschäftigten Professionellen aufgestockt wird. In allen Stadtteilen bilden sich Jugendkommissionen, die paritätisch aus Jugendlichen und Professionellen zusammengesetzt sind, die über die Verwendung der Gelder aus dem Fond entscheiden, z. B. für Clubs, selbst verwaltete Räume, kulturelle und sportliche Erlebnisräume, „events“ usw. Dieses Konzept wäre auch eher in der Lage, Mädchenspezifische Interessen zu realisieren oder überhaupt „Geschlechter-Verhältnis-Experimente“ zu befördern (z. B. „coming-out-Gruppen“). An den Beispielen der verfehlten Drogen- und Behindertenpolitik ließe sich die direkte Demokratie umsetzen.

Ausblick

Es ist jeder und jedem überlassen, sich für weitere Gruppen entsprechende Teilöffentlichkeiten vorzustellen, z. B. für die Kinderflüchtlinge unabhängige Vormundschaftsvereine zu gründen. Die Zielrichtung der Argumentation sollte jedoch klar geworden sein: Statt mit repressiven, medizinischen, psycho-

logischen, pädagogischen und sozialarbeiterischen Mitteln nicht nur kostspielige, sondern auch in der Regel von den Betroffenen so gar nicht gewünschte „Hilfen“ zu produzieren oder Orte sozialer (Aus-)Schließung zu unterstützen, sollte es darum gehen, demokratische Teilöffentlichkeiten mit direkter Beteiligung sowohl im finanziellen als auch im Verfügungssinne zu fordern.

Als politische Maxime sollte dabei gelten:

Überall dort, wo durch Ausschluss von sozialen Teilhaberechten die praktische Wahrnehmung politischer Rechte eingeschränkt und zivile Schutz- bzw. Freiheitsrechte ausgehebelt werden, sind lokale Fonds notwendig – wenn irgendwie möglich in Form von Sozialgenossenschaften

Menschen, die wegen ihrer brachliegenden, nicht mehr nachgefragten Qualifikation, wegen ihrer Behinderung, ihres Alters (Kind oder alter Mensch), ihres Geschlechts (Frau) oder ihres minderen Rechtsstatus (Ausländer) ihre Bürgerrechte nicht umfassend realisieren können, sollten individuelle und kollektive Verfügungsmacht über Ressourcen erlangen können, die ihren Ausschluss in einer Weise aufheben, dass diese nicht mit dem Zwang zu hegemonialer „Normalität“ verbunden sind, sondern die soziale Eigensinnigkeit dieser Menschen und ihre Teilhabe an den universellen Rechten sichern. Erst universelle Gleichheit sichert individuelle Freiheit und gruppenspezifische Differenz. Sozialgenossenschaften sind ein Ansatz, diese politische Orientierung praktisch werden zu lassen.

Das Argument der zusätzlichen finanziellen Kosten ließe sich leicht entkräften: Durch direkte Demokratie wird die Sozialbürokratie überflüssig, da demokratische Kontrolle „von unten“ durch „Betroffene“ zwar inhaltlich anders, formal aber mindestens so effektiv ist wie die bürokratische „von oben“. Ein Blick in die Haushaltspläne macht deutlich, dass auf diese Weise nicht unwesentliche Mittel frei würden. Aber auch das wäre nur ein Nebeneffekt. Wichtiger ist: Organisierte, mit Rechten und finanziellen Mitteln ausgestattete Teilöffentlichkeiten sind konfliktfähiger im Kampf um angeblich geringe Ressourcen. Und: Sie bilden Kristallisationspunkte für eine alternative Form von Vergesellschaftung, sie können „Vorschein“ auf Auseinandersetzungen sein, die auch im nationalen und internationalen Rahmen Bedeutung erlangen können – Kooperative und andere mächtige Kooperationen als Elemente von Alternativen zur „unsichtbaren (aber spürbaren) Hand des Marktes“.

Timm Kunstreich

(Hinweis: Der Autor hat das Konzept der Sozialgenossenschaften ausführlich dargestellt in: WIDERSPRÜCHE, Heft 97, 2005, S.105-122)

Steckt mehr Demokratie im Hamburger Wahlrecht?

Anmerkungen zum neuen Wahlrecht in Hamburg. Die WählerInnen haben die Möglichkeit Einfluss auf die Listenzusammensetzung zu nehmen. Sie entscheiden, wem sie ihr Vertrauen aussprechen. Ein Prinzip, dass wir als LINKE befürworten sollten.

Gleich nach seiner ersten Anwendung bekam das neue Wahlrecht kräftige Schelte. Dora Heyenn kritisierte, das dicke Stimmheft mit der Anforderung, 20 Kreuze zu machen, hätte vor allem in den sog. sozial schwachen Stadtteilen eine niedrige Wahlbeteiligung bewirkt. Auch der GAL-Vorsitzende Anjes Tjarks kritisierte im Abendblatt eine soziale Spaltung bei der Wahlbeteiligung und betonte, die meisten KandidatInnen seien den WählerInnen schlicht unbekannt. Solche Kritik wird – parteiübergreifend – von vielen Mitgliedern der Bürgerschaft unterstützt.

Es wird noch eine genaue Untersuchung der Wahlergebnisse geben, doch einige Tendenzen sind bereits sichtbar: Die Wahlbeteiligung ist gesunken, aber nicht außergewöhnlich stark. Es gibt gerade bei Landtags- und Kommunalwahlen überall in Deutschland eine sinkende Tendenz. Diese verstärkt sich noch, wenn – wie diesmal in Hamburg – der Ausgang der Wahl im Wesentlichen vorher klar ist. Unter den NichtwählerInnen waren diesmal viele CDU-AnhängerInnen, die von der bisherigen CDU/GAL Regierung enttäuscht waren. Die Wahlenthaltung speziell in den sozial schwächeren Stadtteilen war hingegen nicht so stark wie bei der Europawahl 2008. So weit zu den vordergründigen Momenten.

Wichtiger für uns ist die dahinter liegende politische Frustration vieler BürgerInnen, die sich nicht nur in Wahlenthaltung manifestiert, sondern auch im rasant abnehmenden Organisationsgrad (sei es in Parteien oder Gewerkschaften). Kritik richtet sich zunehmend gegen Parteien im Allgemeinen, und wir müssen leider feststellen, dass die LINKE weder davon ausgenommen noch bisher in der Lage ist, diesen Trend aufzunehmen oder gar zu verwandeln. Ein simpleres Wahlrecht löst das Problem nicht, sondern verdeckt es eher.

Der Niedergang der Parteien ist kein exklusiv hanseatisches Phänomen, und nicht nur die hiesigen Parteien (natürlich mit Ausnahme der LINKEN) vermitteln vielen den Eindruck, weniger Interessenverbände oder Hort unterschiedlicher Weltanschauungen als Cliques zur Besetzung von Posten zu sein. Die sog. Kahrs-Clique in der Hamburger

SPD, die sich durch einen besonders stringenten Opportunismus auszeichnet, ist dafür nur ein Negativ-Beispiel.

Ich finde es nach wie vor richtig, auf diese Krise der Parteien und der Parteiendemokratie mit einem differenzierteren Wahlrecht der BürgerInnen zu antworten. Die WählerInnen haben die Möglichkeit, durch Personenstimmen Einfluss auf die Listenzusammensetzung zu nehmen, und können auch bei der Wahl ihrer örtlichen Vertreter entscheiden, welchen Personen sie ihr Vertrauen aussprechen. Ein Prinzip, dass wir als LINKE grundsätzlich befürworten sollten – unabhängig davon, ob wir im Einzelfall davon profitieren oder nicht.

Die größten Auswirkungen hat das Wahlrecht m. E. nicht auf die WählerInnen, sondern auf die Parteien. Die Personalisierung birgt ebenso die Gefahr einer „Amerikanisierung“ wie die Chance, mit glaubwürdigen Personen besondere Zielgruppen anzusprechen. Einerseits die Gefahr, dass die Erreichung eines Mandats vom Einsatz persönlicher finanzieller Mittel abhängt – hier konnten wir bei SPD, CDU und GAL im letzten Wahlkampf schon heftige Auseinandersetzungen beobachten. Andererseits verdanken wir z. B. unser gutes Wahlergebnis gerade bei jungen Frauen (hier haben wir mit 9,9 Prozent das beste Wahlergebnis) sicherlich zu einem großen Teil der Kandidatur und dem persönlichen Wahlkampf von Cansu Özdemir, aber auch von Christin Bernhold.

Die zusätzlichen Auswahlmöglichkeiten wurden von über 40 Prozent unserer WählerInnen genutzt. Alle anderen konnten und können weiterhin die Partei wählen und so die wesentliche politische Zusammensetzung der Bürgerschaft mitbestimmen. Zudem wird die Wahl nie wieder so komplex sein – denn durch die Trennung der Bezirke – von den Bürgerschaftswahlen sind an künftigen Wahlsonntagen nur zehn Stimmen abzugeben. Eine Zahl, die doch noch überschaubar ist. Ich bleibe daher Unterstützer des neuen Wahlrechts.

Norbert Hackbusch,
Mitglied der Bürgerschaftsfraktion
DIE LINKE

Zwischen einer Parlamentswahl und einem Supermarkt besteht ein Unterschied

„Der Reichtum der Gesellschaften, in welchen kapitalistische Produktionsweise herrscht, erscheint als eine ‚ungeheure Warensammlung‘, die einzelne Ware als seine Elementarform. Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware.“ Karl Marx: Das Kapital, Bd. 1. (1867)

Im Supermarkt herrscht das Gebrauchswertversprechen. „Kauf mich“, säuselt eine jede Ware, „und du hast ein zufriedenes Leben!“

Bei einer Parlamentswahl hingegen haben die Parteien besonders die Aufgabe, „bei der politischen Willensbildung des Volkes mit(zuwirken)“ (Art. 21 Grundgesetz). Das „Parteienprivileg“ ist eine Konsequenz aus der faschistischen Denunziation gegen die Demokratie von Weimar. Es schützt die politische Tätigkeit der Parteien und legt eine für den demokratischen Entscheidungsprozeß essentielle Voraussetzung fest: die öffentliche Meinungsbildung, die Dominanz des Arguments gegen Gewalt, Lüge und Korruption und daß tendenziell Alle an den öffentlichen Angelegenheiten („res publica“) teilnehmen können. Das markiert einen zivilisatorischen Fortschritt.

Jedoch: Werbung & PR (vulgo Lug und Betrug) halten in der neoliberal dominierten Öffentlichkeit und im Agieren der bürgerlichen Parteien immer mehr Einzug, um die soziale Realität schönzureden, Sündenböcke zu präsentieren, einen „Zusammenhalt“ durch Natur, Nation oder anderen Fusel zu behaupten und dem Wahlvolk zu schmeicheln: Tausche Stimme gegen „wir machen das schon für dich“! Der Kater folgt.

Daß die Verfassungsrealität im Kontrast zur Norm steht, zeigt, wie sehr die etablierten Parteien ihre historischen Ideale für Macht, Posten und Reputation verraten. Diese Misere hat das neue Wahlrecht noch vertieft. Dadurch, daß die Kandidierenden einzeln gewählt werden konnten, wurde der Wahlzettel, pardon: das Wahlbuch unübersichtlich und kaum zu handhaben. Mit der Personalisierung traten die politischen Programme in den Hintergrund, da wurde von den Plakaten herab gegrinst und die Sprache in „Flyern“ verhunzt, daß man meinen mochte, die Sesamstraße („Wer? Wie? Was?“) wäre im Vergleich dazu ein Philosophieseminar.

Zu dieser Amerikanisierung gehört, daß Kandidierende, die der Gunst von Springer oder Mammon

gewiß sind, bessere Erfolgsaussichten haben. Wie anders konnte „Katja“, die H&M-gestylte Inkarnation vulgärliberaler Einfalt, überhaupt gewählt werden! Dagegen konnte die LINKE mit ihrem inhaltlichen Wahlkampf das Niveau generell anheben – was entscheidend war für das gute Wahlergebnis. Ohne diese Erscheinungskonkurrenz wäre die Aufklärungsarbeit noch wirksamer.

Die vielen Wahlkreuze suggerieren Beteiligungsmöglichkeit, sind es aber nicht; sie trüben den Blick auf die Hauptsache: Es geht um weltanschauliche und programmatische Deutungskonflikte, die aufklärerisch geführt werden müssen, wenn man etwas verändern will.

Auch das Ergebnis spricht gegen das neue Verfahren: Die Wahlbeteiligung ist trotz verbreiteten Unmuts nicht gestiegen, und auch die hohe Zahl von über 30.000 ungültigen Stimmen belegt, daß das neue Wahlrecht eine Hürde darstellt, die in den sozial benachteiligten Stadtteilen (niedrige Wahlbeteiligung) stärker ausgeprägt ist als in den „feinen“ (hohe Beteiligung).

Jeder kulturelle Rückschritt verschlechtert die Bedingungen des Kampfes für Emanzipation. Am Wettbewerb um das schillerndste Wahlversprechen wird die Wahrheit nie teilnehmen wollen noch wird sie dabei gewinnen können. Daher kann die LINKE die Rückkehr zum alten Wahlrecht (mit Drei-Prozent-Hürde und Wahlrecht für MigrantInnen) nur richtig finden und einfordern. Denn Demokratie fängt nicht mit einer Werbelüge an und endet nicht bei der Abgabe des Stimmzettels. Volksherrschaft ist die aktive solidarische Verfügung Aller über den gesellschaftlichen Reichtum, ohne die Schranke der Ausbeutung. Zwischen einer Parlamentswahl und einem Supermarkt bestehen gewisse Unterschiede, darauf sollten wir bestehen.

*Kristian Glaser,
AG Studierendenpolitik*

Zur Zukunft der HSH Nordbank

SHOPPING

Foto: BA Archiv

Die Banken-Krise in den kapitalistischen Metropolen ist keineswegs ausgestanden. Die Dramatik zeigt sich nicht nur in den möglichen Konsequenzen einer größeren Umschuldung Griechenlands. Auch die deutschen Landesbanken schreiben noch immer rote Zahlen. Unter den größten Landesbanken schaffen es die WestLB, die BayernLB, die Landesbank Baden Württemberg (LBBW) sowie die HSH Nordbank bislang nicht, aus eigener Kraft und ohne staatliche Hilfe wieder auf die Beine zu kommen. Sie sind außerstande, ausgeglichene Ergebnisse vorzulegen. Faktisch kommen nach wie vor die SteuerzahlerInnen für die Verluste diese Banken auf.

Im Globalen Finanzstabilitätsbericht (GFSR) äußert der Internationale Währungsfonds (IWF) u.a. Zweifel an der Stabilität der europäischen Banken. Insbesondere die deutschen Landesbanken und die irischen Banken hätten massive Probleme, da auf ihren Schultern weiterhin hohe Fälligkeiten aus der Krise lasten. Die Unterstützung durch staatliche Einlagen sei zwar mittelfristig hilfreich – die daraus resultierende Steigerung der Staatsverschuldung gehe jedoch mit einer erhöhten Verwundbarkeit des Finanzsystems einher.

Der Bankensektor in Deutschland sei nach der Krise noch nicht wieder „repariert“, so IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn. Die Verzögerungen bei der Sanierung der Landesbanken würden letztlich das Wirtschaftswachstum bremsen und seien ein hohes Risiko für den Finanzsektor. Dies gilt auch für die HSH Nordbank, die in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft geführt wird, aber zu über 80 % im öffentlichen Eigentum ist.

Die HSH Nordbank

Die HSH Nordbank verkündete Ende März 2011 die Rückkehr in die Gewinnzone. In dem positi-

ven Ergebnis spiegele sich die erfolgreiche strategische Neuausrichtung wieder, hieß es. Der genauere Blick auf die nach dem internationalen Bilanzierungsstandard IFRS (mit seinen vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten) erstellte Bilanz zeigt allerdings, dass diese „Rückkehr in die Gewinnzone“ vor allem auf der Rückbuchung von Risikovorsorgen im Kreditgeschäft basiert. Die Bank trifft nicht nur deutlich weniger Vorsorge für eventuelle Kreditausfälle (kaufmännisch geboten wäre eine Erhöhung), sondern löst teilweise sogar die in vergangenen Perioden gebildeten Positionen an Risikovorsorgen wieder erfolgswirksam auf.

Die HSH Nordbank trennt sich, soweit überhaupt möglich, von Kreditbeständen und wird dabei unterstützt von der konjunkturellen Aufwärtsbewegung und der damit zusammenhängenden Konsolidierung im Schifffahrtsbereich. Das Neugeschäft ist ausgesprochen unterentwickelt, Verlängerungen bzw. Prolongationen von bestehenden Kreditengagements und Umschuldungen bestimmen das operative Geschäft.

Es ist deshalb schon recht kühn zu behaupten, dass nach den zurückliegenden zwei Jahren eine Basis gelegt worden sei, im Neugeschäft wieder stärker tätig zu werden. Es wird immer deutlicher: Der Sanierungsprozess zielt (nicht zuletzt unter dem Druck der Auflagen der EU) auf die Veräußerung der Bank und nicht auf die Entwicklung eines neuen zukunftsfähigen Geschäftsmodells. Für das Elend der HSH Nordbank und der anderen Landesbanken und die daraus resultierenden Belastungen der öffentlichen Haushalte wären bei entsprechendem politischen Willen auch andere Lösungswege und Zielsetzungen möglich. Dafür wären erforderlich: „der Rückbezug auf die regionalen Ursprünge und Kernsegmente (Auslandsaktivitäten nurmehr in Form von Kooperationen mit im Ausland ansässi-

gen Banken). Dies wäre eine Grundvoraussetzung für ein – wie auch immer konstruiertes – Weiterbestehen eines „übergeordneten Sparkassen-Zentralinstitutes“, auch auf regionaler, bundeslandbezogener Ebene. Problem hierbei sind sicherlich die Sparkassen selbst, die eine derartige hauseigene Konkurrenz nicht dulden werden.

► die Schaffung eines schnell greifenden, effizienten Insolvenzrechts für Banken. Ein solches Insolvenzrecht muss die Möglichkeit einer konsolidierten „Gesundung“ als alternatives Ziel zu einer geordneten Abwicklung benennen dürfen.

► die Ausweitung und Konkretisierung der Kompetenzen für die BaFin als Aufsichtsbehörde; „die Korrektur der viel zu weit auslegbaren internationalen Bilanzierungsregeln ISRF durch zusätzliche nationale Regelungen und die Schaffung einer kompetenten Kontrollkommission (z. B. der BaFin unterstellt);

► die Kontrolle von Aktiengesellschaften, die gegen diese Regeln verstoßen; „der Entzug der Bankleiterlizenz für Bankvorstände, die gegen die Regeln verstoßen – ohne Ausgleichsansprüche beim Ausscheiden;

► die Deckelung der Gehälter und Einkommen und die Schaffung von permanenter Transparenz; „das Geltendmachen der politischen und auch finanziellen Verantwortung der Verursacher der hausgemachten Situationen der Banken – dazu gehören Vorstände, Aufsichtsräte und auch Politiker.

Es ist bereits viel öffentliches Geld in die Landesbanken gesteckt worden, ohne dass eine Besserung in Aussicht ist. Erkenntnisse über die Fehlentwicklungen sind mittlerweile ausreichend vorhanden, die Alternativen haben wir angedeutet. Nun müssten Konsequenz gezogen werden.

Bei der HSH Nordbank, der LB Berlin, der Bayern-LB und auch bei der Landesbank Baden-Württemberg greifen Sanierungsbemühungen und hohe Kapitalnachsüsse der Länder so gut wie gar nicht. Nach wie vor sitzen diese Landesbanken auf hohen Beständen an risikobehafteten Wertpapieren. Neue Geschäftsmodelle, wie von der EU gefordert, sind weit und breit nicht in Sicht. Die Chancen, diese Landesbanken als Regionalbanken weiterführen zu können, tendieren daher gegen Null

An dieser Einschätzung ändert auch die bereits im Dezember des vergangenen Jahres angekündigte Absicht zum Ausbau der Geschäftsbeziehungen zwischen der HSH Nordbank und der staatseigenen China Development Bank (CDB) wenig. Schwerpunkte sollen vor allem die international ausgerichteten Geschäftsfelder der HSH Nordbank bilden,

wie die maritime Wirtschaft, erneuerbare Energien und die Luftverkehrswirtschaft. Dabei stehen gemeinsame Finanzierungen in den jeweiligen Bereichen im Vordergrund. „Durch die Zusammenarbeit mit der China Development Bank können wir die operativen Stärken der HSH Nordbank ausbauen und damit einen wichtigen Schritt für die Zukunft dieses Instituts tun“, so Vorstandsmitglied Constan-tin von Oesterreich.

Diese Kooperation verschafft der HSH Nordbank zwar ein wenig Luft im Konsolidierungsprozess und nützt der VR China, weil sie das know how und die Beziehungen der HSH Nordbank im Schiffsfinanzierungsgeschäft nutzen kann. Ein neues Geschäftsmodell für die Landesbank mit ihren immer noch immensen Beständen an Wertpapiermüll wird sich daraus allerdings nicht entwickeln lassen.

Wie weiter?

Viel wird von den Landesbanken wohl nicht übrigbleiben. Mit ihren hausgemachten Problemen haben die meisten von ihnen ihre Existenzberechtigung längst verwirkt. Ernsthafte Überlegungen zu möglichen Abwicklungen ganzer Institute sind längst Realität.

Die Schuld an ihrer Misere können die Landesbanken weder anderen Banken noch der internationalen Finanzkrise geben, denn die Probleme sind hausgemacht. Das Memorandum 2011 der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik beschreibt die Ursache wie folgt: „Die unterschiedliche Situation der Landesbanken und Sparkassen macht deutlich, dass die Eigentumsform nicht zwangsläufig über die Rendite entscheidet. Wichtig ist das unterliegende Geschäftsmodell.“

Für die Zukunft der HSH Nordbank ist bereits vorgezeichnet, dass sie veräußert werden soll. Darauf deuten alle Parameter hin. Dazu gehört, dass bei der Nominierung des Nonnenmacher-Nachfolgers mit Paul Lerbinger ein Banker als Vorstandsvorsitzender ausgewählt worden ist, der aus seiner persönlichen Historie heraus kein Marktspezialist oder Krisenmanager ist, sondern Investmentbanker und Experte für aktienrechtliche Unternehmensverkäufe.

Ob ein solcher Verkauf allerdings überhaupt möglich sein wird, ist angesichts des hohen Abschreibungsbedarfs bei den Wertpapieren der Landesbank, nach wie vor akuter Finanzmarkt- und Schuldenkrise und unsicheren konjunkturellen Aussichten, mehr als fraglich.

Joachim Bischoff,
*Finanzpolitischer Sprecher der Linksfraktion
in der Bürgerschaft, 2009-2011 Mitglied im
Parlamentarischen Untersuchungsausschuss
HSH Nordbank*

Anmerkungen zur Arbeitsmarktpolitik in Hamburg

Die Rolle der Arbeitsmarktpolitik (AMP) ist innerhalb der Linken heftig umstritten. Einige sehen in der AMP im wesentlichen ein Zwangsmittel, mit dem Erwerbslose in aus ihrer Sicht sinnlose Weiterbildungs- oder Beschäftigungsmaßnahmen gesteckt werden sollen, um die Arbeitslosenstatistik zu schönen statt dass der Staat oder die Unternehmen ausreichend Arbeitsplätze schaffen. Von diesen Maßnahmen würden daher auch nur mehr oder weniger dubiose Träger aus dem sog. „Weiterbildungssumpf“ profitieren. Zentrale Forderung dieser Richtung ist die Einführung des sog. „bedingungslosen Grundeinkommens“.

Andere sehen, ähnlich wie die Gewerkschaften, die AMP deutlich differenzierter und positiver. Im Vordergrund steht dabei die Zielsetzung, die Chancen auf einen qualifizierten Arbeitsplatz zu verbessern und „unterwertiger“

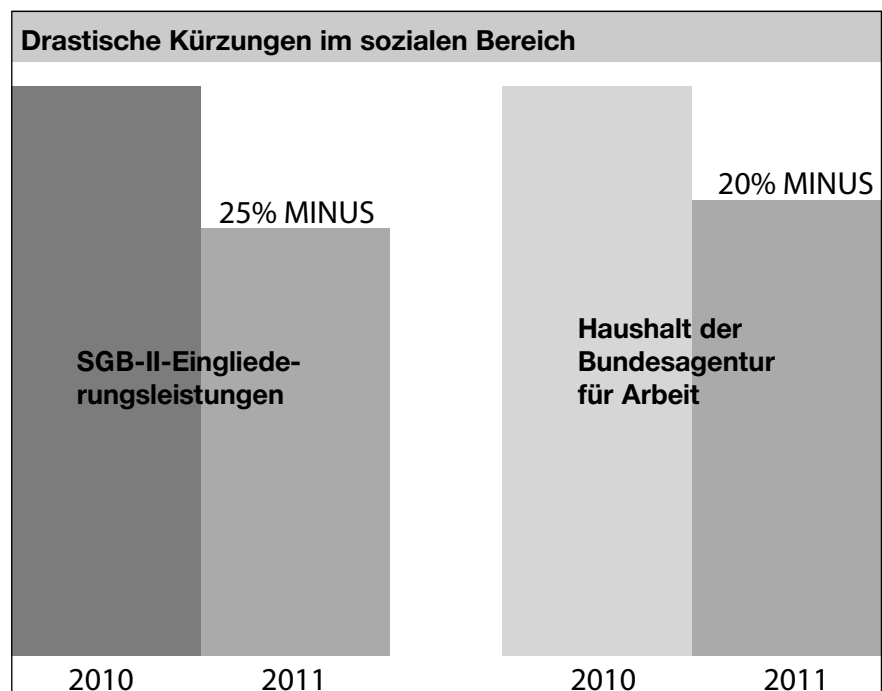
Beschäftigung entgegenzuwirken. In diese Richtung sollen u. a. abschlussbezogene Weiterbildungsmaßnahmen wie z.B. Umschulungen wirken. Fakt ist, dass ca. 50 Prozent der „Umschüler“ keine Erstausbildung absolviert haben und daher auch nicht über einen Berufsabschluss verfügen. Nachgewiesen ist mittlerweile, dass die langfristigen Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung deutlich steigen (sog. Fachkräftemangel).

Kurze Bildungsmaßnahmen, die nach dem Hartzschen Motto „Nicht jeder braucht alles“ nur eine sog. „passgenaue“ Teilqualifikation für eine schnelle Vermittlung liefern sollen, haben sich dagegen als wenig nachhaltig erwiesen.

Natürlich gibt es auch Maßnahmen, die arbeitsmarktpolitisch völlig unsinnig sind und vor allem den Zweck haben, die „Arbeitswilligkeit“ von Erwerbslosen zu testen und gegebenenfalls Sanktionen zu verhängen. Hierzu gehört u. a. ein Teil der sog. Trainingsmaßnahmen.

Deutlich kritischer sind die sog. beschäftigungsschaffenden“ Maßnahmen zu bewerten. Bei den sog. Eingliederungszuschüssen und auch bei den verschiedenen Kombilohnmodellen (z. B. dem Hamburger Modell) ist ein hoher Anteil an Mitnahmeeffekten der Arbeitgeber zu unterstellen, die auf diese Weise Lohnkosten sparen. Vor allem hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Maßnahmen (Weiterbeschäftigung nach dem Ende der Förderung) gibt es erhebliche Zweifel. Leider ist die Wirksamkeit dieser bislang nicht genauer untersucht worden. Vermutlich aus gutem Grund.

ABM-Maßnahmen, die immerhin einen befristeten sozialversicherungspflichtigen und tariflich bezahlten Arbeitsvertrag (von bis zu 2 Jahren) zur Grundlage hatten, sind in den letzten Jahren weitestgehend abgeschafft worden und sollen im nächsten



Jahr im Rahmen der sog. „Instrumentenreform“ völlig aus dem SGB gestrichen werden. An ihre Stelle sind fast überall als zentrales Instrument im SGB II die Arbeitsgelegenheiten (AGH) getreten, die sog. Ein-Euro-Jobs, mit denen kein Arbeitsverhältnis begründet wird. Hierzu gibt es schon genügend kritische Einschätzungen, die hier nicht wiederholt werden müssen.

Zur Arbeitsmarktpolitik gehören auch eine ganze Reihe verschiedener Maßnahmen für Jugend-

liche und Jungerwachsene, die ebenfalls recht unterschiedlich zu bewerten sind. Festzustellen ist hierbei, dass die AMP vor allem in diesem Bereich als Reparaturbetrieb für das mangelhafte Bildungssystem in Deutschland fungiert und teilweise auch die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Betriebe ausgleicht.

Die Arbeitslosenversicherung hat seit 2009 den gesetzlichen Auftrag, durch die Förderung der Beschäftigungsfähigkeit Langzeitarbeitslosigkeit vorzubeugen. Die Erfüllung dieses Auftrags setzt entsprechende Haushaltsmittel voraus. Diese notwendigen Haushaltsmittel werden allerdings durch die Sparbeschlüsse der Bundesregierung immer weiter zusammengestrichen.

► Im Bundeshaushalt 2011 stehen nur noch 5,3 Mrd. Euro für SGB-II- Eingliederungsleistungen zur Verfügung. Das sind 1,3 Mrd. und damit rund 25 Prozent weniger als 2010.

► Im Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) 2011 wurde der Eingliederungstitel um fast 900 Millionen Euro aus 3,4 Mrd. Euro gekürzt. Damit stehen den Arbeitsagenturen 20 Prozent weniger Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Verfügung.

► Diese Einsparungen sind erst der Anfang, da in den Jahren 2012 bis insgesamt weitere 16 Mrd. Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik im SGB II und SGB III gestrichen werden sollen.

Das alles macht deutlich, dass die Bundesregierung kein Interesse an der Aufrechterhaltung der Arbeitsmarktpolitik und an der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags hat. Bewerkswert ist dabei, dass der überwiegende Anteil der Sparmaßnahmen im SGB II-Bereich stattfindet, also bei Langzeitarbeitslosen und anderen besonders benachteiligten Erwerbslosengruppen. Die Regierung bedient sich dabei in demagogischer Weise der Kritik, die es besonders an den Ein-Euro-Jobs gibt, um diese drastisch herunterzufahren, ohne gleichzeitig für Ersatz durch besser geeignete Maßnahmen zu sorgen (wie es z. B. die früheren ABM-Maßnahmen gewesen sind).

Gleichzeitig steigt der Druck auf die Erwerbslosen (Sanktionspraxis, Verdrängung aus dem Leistungsbezug, unterwertige Beschäftigung zu Dumpinglöhnen etc.). War der Leitgedanke des alten Arbeitsförderungsgesetzes noch die Förderung von Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit bedrohter Menschen, wurde daraus seit Hartz „Fördern und Fordern“. Die aktuelle Politik plant anscheinend, dass „Fördern“ ganz zu streichen und nur noch das „Fordern“ übrig zu lassen.

Eine weitere Folge der Sparpolitik und der damit verbundenen Vergabepolitik für die meisten AMP-Maßnahmen ist auch die sinkende Maßnahmeequalität als logische Konsequenz der sinkenden Prei-

se und der zunehmenden Dumping-Bedingungen auch bei den Beschäftigten vieler Weiterbildungs- und Beschäftigungsträger.

Diese bundesweiten Entwicklungen sind entsprechend auch in Hamburg festzustellen. Auch hier ist der SGB II-Bereich jedenfalls zur Zeit deutlich stärker betroffen. Standen hier 2010 noch 171 Mio. Euro für Maßnahmen zur Verfügung sind es 2011 nur noch 130 Mio. Euro. 2012 sollen es dann nur 100 Mio. sein, 2013 89 Mio. Euro, eine glatte Halbierung gegenüber 2010. Betroffen hiervon sind alle AMP-Maßnahmen, auch wenn zur Zeit vor allem die Streichungen bei den Ein-Euro-Jobs öffentlich thematisiert werden. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm erklärt, dass Sie die Kürzungen der Bundesregierung für AMP-Maßnahmen nicht aus Hamburger Haushaltsmittel kompensieren könne und wolle. Sie steht damit im Gegensatz zu früheren von der SPD geführten Senaten, die auch Landesmittel für die Arbeitsmarktpolitik bereitgestellt haben. Unter den CDU-geführten Senaten sind diese nahezu vollständig weggefallen.

*Peter Petersen,
Vorsitzender des Fachbereichs Bildung, Wissenschaft und Forschung, ver.di Hamburg*

Impressum:

Hamburg Debatte
Debattenorgan des Landesverbandes Hamburg der Partei DIE LINKE

Herausgeber: Landesvorstand DIE LINKE.
Hamburg · Wendenstr. 6, 20097 Hamburg
www.die-linke-hh.de · V.i.S.d.P.: Tilman Rosenau · redaktion@die-linke-hh.de

Redaktion: Horst Bethge (†), Kristian Glaser, Christian Kruse, Tilman Rosenau, Annette Sawatzki

Erweiterte Redaktion: Timm Kunstreich, Ingrid Kurz, Uli Ludwig, Hartmut Obens, Norman Paech, Uwe Post, Herbert Schui

AutorInnen: Kersten Artus, Detlef Baade, Joachim Bischoff, Kristian Glaser, Norbert Hackbusch, Hildegard Heinemann, Siri Keil, Gerald Kemski, Timm Kunstreich, Uli Ludwig, Hartmut Obens, Cansu Özdemir, Norman Paech, Peter Petersen, Tilman Rosenau, Annette Sawatzki, Herbert Schui, Gilbert Siegler, Rainer Volkmann, Olaf Walther · **Layout:** Zdravko Sisis
Copyright: Creative Commons Licence (BY-NC-SA Namensnennung, keine kommerzielle Nutzung, Weitergabe aus dieser Zeitschrift unter gleichen Bedingungen) **Bestellung und Bezug:**

gegen Spende in Druck- oder Mailversion, per Post oder in Selbstabholung
Druck: Print und Copy Haus · Auflage: 1.500
Redaktionsschluss: 18.5.2011

Nach der Regierungsübernahme durch die SPD muß die LINKE ihr oppositionelles Profil schärfen, dazu gehört auch die Frage der Elbvertiefung, die über die Grenzen Hamburgs hinaus von ökonomischer, sozialer, stadtentwicklungspolitischer und ökologischer Bedeutung ist. In den zwei folgenden Beiträgen wird das Pro und Contra diskutiert.

Die Folgen der „Containerschleuse“ werden durch eine Elbvertiefung nicht gelöst

In den 80er und 90er Jahren haben die Hamburger Pfeffersäcke die Weichen falsch gestellt: Beim Stückgutumschlag wurde seither nur noch auf den Container gesetzt und der konventionelle Stückgutumschlag drastisch so reduziert, dass er heute mit zwei verbliebenen Anlagen (Steinweg und BUSS Hansa) keine Rolle mehr spielt.

Kein anderer großer Hafen Europas hat beim Stückgut einen so hohen Containerisierungsgrad – auch Rotterdam nicht. Antwerpen hingegen hat nach wie vor einen namhaften konventionellen Umschlag (der deutlich arbeitsintensiver ist als der Containerumschlag), sich darin spitzenmäßig positioniert und Arbeitsplätze gesichert. Hamburg ist dagegen zur reinen Containerschleuse verkommen.

Das hat reichlich Arbeitsplätze gekostet! Traditionelle Umschlagsbetriebe wie Afrika-Terminal, Kuhwerder-Terminal, Cellpapp usw. sowie diverse Stauereien sind von der Bildfläche verschwunden. Für diesen Prozess wurde ständig die Elbe vertieft. Schon hier wird das Argument, dass die Elbvertiefung Arbeitsplätze sichere, ad absurdum geführt. Auch die Neueinstellungen bei Containerterminals vor der letzten kapitalistischen Krise konnten bei weitem nicht ausgleichen, was die Dominanz der Containerschleuse an Arbeitsplätzen vernichtet hat.

Entwicklung hat erpressbar gemacht

Diese von den Hafenbossen und den ihnen hörigen Senaten gewollte Entwicklung hat abhängig und erpressbar gemacht. Der Hamburger Hafen ist heute fast vollständig von den großen Containerreedereien abhängig, z. B. vom größten „Global Player“, der Firma Maersk. Diese Reeder sagen, es sei unzumutbar, ihre größten Schiffe (die nicht häufig kommen) eventuell zwei Stunden auf die Tide in der Elbmündung warten zu lassen. Deshalb solle erneut ausgebaggert werden. Sonst werde man sich überlegen... Ich denke, linke Politik darf der Erpressung großer kapitalistischer Konzerne nicht nachgeben. Maersk, Hapag-Lloyd und andere haben schon genug Freunde für die Elbvertiefung: Olaf Scholz und die Handelskammer, SPD, CDU, FDP. Dass auch die ver.di-Fachgruppe Häfen zu den Befürwortern gehört,

mag für uns nicht gerade angenehm sein. Gleichwohl müssen wir in Einzelfällen solche Differenzen aushalten. Wir würden ja auch nicht auf die Idee kommen, das Wiederanfahren von Krümmel zu unterstützen, wenn die in der IG Metall organisierten AKW-Kollegen von Vattenfall dies forderten.

Genau hinsehen

Angenommen, die Elbvertiefungsbefürworter setzen sich durch. Wenn die bisherigen Informationen stimmen, wird an einer Stelle auf jeden Fall nicht vertieft: nämlich beim Autobahn-Elbtunnel. Was heißt das aber? Die Containerterminals Altenwerder, Tollerort und das eventuell künftige Terminal Steinwerder würden von dieser Vertiefung gar nicht „profitieren“. Denn nur Burchardkai und Eurokai liegen vor dem Autobahn-Elbtunnel. Also Elbvertiefung für nur zwei Terminals? Das kann es doch nicht sein. Olaf Scholz macht sich für die Elbvertiefung stark. Zu den eigentlichen logistischen Herausforderungen des Hamburger Hafens verliert er jedoch, wie die Handelskammer, kein Wort. Achtzig Prozent der ungelösten logistischen Herausforderungen liegen nämlich im Vor- und Nachlauf zum und vom Hamburger Hafen. Hier gibt es für alle drei Verkehrsträger ungelöste Probleme. Diese sollten mit den im Hafen Beschäftigten und den AnwohnerInnen angegangen werden.

Zum Schluss hilft ein Blick über die Landesgrenzen. Die Wirtschaftsbosse und ihre Politiker wollen ja nicht nur die Elbe ausbuddeln. Auch die Jade wird wegen des neuen Tiefwasserhafens vertieft. Gleiches ist für die Weser bei Bremerhaven vorgesehen. Dreimal Ausgaben von Steuergeldern – dreimal Eingriffe in die Natur. Jedes Ausbuddeln wird mit den Arbeitsplätzen begründet. Wer das als vernünftig bezeichnet, dürfte in arge Argumentationsschwierigkeiten kommen. DIE LINKE setzt deshalb auf ein kooperatives Gesamtkonzept für die norddeutschen Seehäfen, das Arbeitsplätze sichert, ohne Deiche zu gefährden.

Gerald Kemski,
*Mitglied im Landesvorstand der LINKEN und
Sprecher der BAG betrieb & gewerkschaft*

Elbvertiefung sichert Hafenarbeitsplätze

Eine harmonische Fahrrinnenanpassung ist möglich; eine Elbvertiefung der Spitzen in der Elbe ist notwendig. Man sollte nicht mit Scheuklappen wie einige grüne Freunde herumlaufen, sondern die Realität sehen und erkennen. Bei der Elbvertiefung würden weitere Verzögerungen zur Gefährdung von Arbeitsplätzen in und um den Hafen sowie in der sogenannten Metropolregion Hamburg führen.

Die Krise ist noch nicht vorbei, solange es noch Kurzarbeit in einigen Teilen im Hamburger Hafen gibt. 2010 haben 9.843 Seeschiffe den Hamburger Hafen angelaufen. Dies bedeutet im Vergleich zu 2009 einen Rückgang von 2,8 Prozent oder 288 Schiffen. Der Aufschwung soll jetzt 2011 kommen, wir hoffen, für alle.

Eine harmonische Fahrrinnenanpassung ist möglich; eine Elbvertiefung der Spitzen in der Elbe ist notwendig. Man sollte nicht mit Scheuklappen wie einige grüne Freunde herumlaufen, sondern die Realität sehen und erkennen. Eine einfache Lösung gibt es selten. Die Anpassung der Elbtiefe ab Wedel läuft in Richtung Cuxhaven. Es geht nicht um eine generelle Vertiefung der ganzen Elbe, sondern um den Abbau von Spitzen im Elbgrund. Während viele Menschen, deren Arbeitsplatz mit dem Hafen zusammenhängt (über 150.000), den Schwerpunkt auf die Arbeitsplatzsicherung legen, sehen Umweltschützer ökologische Aspekte ausschließlich im Vordergrund.

Wir Hafenarbeiter, Arbeiter und Angestellte, wollen Arbeitsplatzsicherheit unter Wahrung von Umweltschutzaspekten ohne Abstriche für Anwohner der Elbe. Der Hochwasserschutz muss ohnehin laufend beobachtet werden. Durch die Klimaentwicklung ist ebenfalls eine Erhöhung der Deiche notwendig. Das hierbei und bei der allgemeinen Fahrrinnenanpassung anfallende Baggergut scheint zur weiteren Flussregulierung einsetzbar zu sein – wenn damit nicht zu viel Geschäft gemacht wird.

Wir sehen im Gütertransport per Seeschiff die umweltfreundlichste Transportart. Circa 6.000 Lkw beziehungsweise 160 Güterzüge wären notwendig, um die Ladung eines 9.000-TEU-Schiffes (TEU = Standardcontainer) ins Binnenland zu bringen. Längst sind die Hafentwickler und Schiffsplanner davon abgegangen, großen Seeschiffen einen tideunabhängigen Zugang ermöglichen zu wollen. Seit Jahren muss das Tidefenster für die Zu- und Abfahrten von Schiffen mit großem Tiefgang beachtet werden (14,50 Metern sind nötig). Das Tidefenster gibt die Zeitdauer an, in der ein Schiff mit einem bestimmten Tiefgang tideabhängig in den Hafen ein- oder auslaufen kann.

Dem Hamburger Hafen mit den rund 150.000 abhängigen Arbeitsplätzen kann durch die Elbvertiefung ermöglicht werden, auch Schiffe mit Tiefgängen von 14,50 Metern regelmäßig abzufertigen. Um auch weiterhin als vollwertiger Containerhafen zu gelten, wird das notwendig sein. Denn nach der Entscheidung über den Ausbau des Panamakanals füllen sich die Auftragsbücher der Werften mit ebendiesen großen Schiffen, wobei einzelne der XXL-Schiffe (14.000 TEU) – allerdings nicht in hundertprozentiger Auslastung – bereits in Fahrt sind.

Die neuen Schleusenammern des Panamakanals mit ihren 14,50 Meter Tiefe werden so zum Maßstab für den weltweiten Schiffsneubau, insbesondere in der Containerschiffahrt. Es geht jetzt also nicht darum, immer weitere Elbvertiefungen durchzuführen, sondern um eine einmalige Anpassung an den neuen Weltmaßstab von 14,50 Meter Wassertiefe!

Bei der Elbvertiefung würden weitere Verzögerungen zur Gefährdung von Arbeitsplätzen in und um den Hafen sowie in der sogenannten Metropolregion Hamburg führen. Das scheinen viele Umweltaktivisten überhaupt nicht durchdacht zu haben. Aber die Elbe – unsere Elbe – ist nun einmal die Lebensader Hamburgs. Seit mehr als neun Jahren warten wir auf die Fahrrinnenanpassung auf 14,50 Meter. Die Politik schläft seit neun Jahren, aber wenn auf der Welt Krieg gespielt wird, klappt das innerhalb von sechs Wochen.

- ▶ Hamburg hat jetzt schon den Anschluss für den Aufschwung verpasst.
- ▶ Arbeitsplätze erhalten und neue sozialversicherte Arbeitsplätze schaffen muss das Ziel sein. Wir im Hafen stehen zusammen: Hafenarbeiter, Lotsen, Festmacher, Trucker, Bahnbedienstete, Speditionsleute usw.
- ▶ Aus Sicht der Hafenarbeiterinnen und Hafenarbeiter werden die Arbeitsplätze im und um den Hafen gefährdet, wenn es zu keiner Elbvertiefung kommt.

Detlef Baade, Hafenbetriebsrat, Konzern-Schwerbehindertenvertretung, stellvertretender DGB-Vorsitzender Hamburg-Harburg

Wer Fleisch isst ...

... verhindert, dass neun andere, vegetarische Mahlzeiten hergestellt werden können. Für die Herstellung eines Steaks werden bis zu 15.000 Liter Wasser verschwendet. Fleisch ist ein äußerst luxuriöses Statussymbol. Um eine tierische Kalorie zu erzeugen, bedarf es je nach Tiergattung 6 bis 26 pflanzliche Kalorien.

Die Debatte über unser Parteiprogramm lässt bei allem Streit ums Detail – keinen Zweifel daran, dass soziale Gerechtigkeit, Ökologie, Frieden und internationale Solidarität der Menschen in Einer Welt gemeinsame Orientierungen der LINKEN sind und sein sollen. Nun impliziert jedes politische Programm auch ethische Gesichtspunkte. Es kann sie unerwähnt lassen, doch nicht unberührt. Denn politische Programmatik bleibt hohle Phrase, wenn sie sich nicht in Entscheidungen und Verhalten derer niederschlägt, die sie als ihre Programmatik anerkennen. Das betrifft sowohl die Gestaltung des Alltagslebens (etwa als VerbraucherInnen) als auch konkrete politische Forderungen, die LINKE innerhalb und außerhalb des Parlaments artikulieren.

... lässt andere Hungers sterben

Jeder siebte Mensch leidet an Hunger, und alle drei Sekunden stirbt ein Mensch daran. Das sind etwa eine Milliarde Hungernde und 8,8 Millionen Hungertote jährlich, die meisten von ihnen Kinder. Und die meisten der drei Milliarden Menschen, um die die Weltbevölkerung in den nächsten 40 Jahren voraussichtlich anwachsen wird, werden in Ländern zur Welt kommen, wo bereits jetzt große Teile der Bevölkerung unterernährt sind. Jean Ziegler, UN-Sonderbeauftragter für das Recht auf Nahrung, nennt den massenhaften Hungertod Mord, denn er wäre ohne weiteres vermeidbar. Die Erde könnte bis zu zwölf Milliarden Menschen ernähren – Umstieg auf pflanzliche Kost vorausgesetzt.

Fleisch ist ein äußerst luxuriöses Statussymbol. Um eine tierische Kalorie zu erzeugen, bedarf es je nach Tiergattung sechs bis 26 pflanzliche Kalorien. Um z. B. ein Kilo Rindfleisch zu erzeugen, sind etwa zehn Kilo pflanzliche Nahrung erforderlich. Wer sich also an einem Steak satt isst, verhindert damit, dass neun andere, vegetarische Mahlzeiten hergestellt werden können. Für die Herstellung dieses einen Steaks werden zudem bis zu 15.000 Liter Wasser verschwendet.

Die pro Kopf verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche hat sich seit 1950 durch Bevölkerungswachstum und die Folgen des Klimawandels ungefähr halbiert. Zugleich ist allein der Bestand der brasilianischen Rinderherden um mehr als 40 Millionen Tiere gewachsen. Derzeit werden vier Fünftel der weltweiten Sojaernte und mehr als ein Drittel der Getreideernte für die Fütterung von Nutztieren verbraucht. Seit Jahren kaufen internationale Investmentfonds in großem Stil landwirtschaftliche Flächen vor allem in Entwicklungsländern auf. Damit einher gehen die gewaltsame Vertreibung von Kleinbauern und die Zerstörung der lokalen Agrarmärkte. Die globalen Getreidepreise haben sich seit dem Jahr 2000 verdreifacht, der Preis für Mais sogar vervierfacht. Marktanalysten sind sich einig, dass die steigende Nachfrage nach Fleisch die Hauptursache der Preisexplosion ist. Und nicht nur für Spekulanten, auch für politische Geostrategen sind agrarische Rohstoffe längst ein brandheißes Thema.

...schädigt Klima und Umwelt

Die Verseuchung ganzer Landstriche und ihres Grundwassers durch Gülle ist ein großes Umweltproblem infolge der Fleischproduktion – doch längst nicht das gravierendste. Fleisch- und Milchverzehr ist für mehr klimaschädliche Emissionen verantwortlich als der globale Verkehr und damit eine Hauptursache für den Klimawandel. Rindfleisch verursacht 90mal mehr Emissionen als Gemüse, Butter ist zehnmal klimaschädlicher als Margarine. Denn zur Gewinnung von Weideland und für den Futtermittelanbau wurden und werden hunderttausende Hektar Regenwald gerodet. Zudem entstehen bei der Viehhaltung neben CO₂ auch Stickoxid und Methan in unvorstellbaren Mengen. Methan, das vor allem bei der Verdauung von Wiederkäuern entsteht, ist für die Ozonschicht 23mal schädlicher als CO₂. Da Methan zugleich eine kürzere Halbwertszeit hat als CO₂, wäre durch Fleisch- und Milchverzicht übrigens der schnellstmögliche klimapolitische Erfolg zu erzielen.

...quält Tiere

Eine aktuelle Studie der Uni Leipzig über die Zustände in deutschen Putenmastbetrieben zeigt es wieder: der Skandal ist die Norm. Von 16.200 begutachteten Puten in 18 deutschen Betrieben war jede einzelne krank. Die Veterinärämter sehen



Foto: PETA

weg, Landwirtschaftsminister verdienen Geld damit, und VerbraucherInnen verlangen mit jedem Einkauf mehr davon: Entzündungen, Geschwulste, Knochenbrüche und genetisch auf maximalen Fleischertrag „optimierte“ Organismen, die qua Zucht nur unter Schmerzen leben können. Werbeslogan der Hersteller: „Geflügel wie ich es mag“. Bei sog. Nutztieren erlaubt das sog. Tierschutzgesetz, Schwänze, Schnäbel, Hörner und Geschlechtsteile ohne Betäubung abzuschneiden. Die Amputationen werden fast immer so kostengünstig-quälerisch durchgeführt. Und auch der Tod ist nach durchweg qualvollem Leben oft reine Folter: 200.000 Rinder jährlich werden in deutschen Schlachthöfen nicht richtig betäubt und erleben ihr Ausbluten oder gar ihr Zerhacktwerden bei vollem Bewusstsein. Alle 2,4 Sekunden landet ein Schwein bei vollem Bewusstsein im Brühbad. Mindestens 95 Prozent des in Deutschland verzehrten Fleisches ist Produkt solcher Bedingungen – Produkt einer Industrie, die ihre Megaprofite auf Kosten der Tiere erwirtschaftet. Das gilt übrigens in gleichem Maße auch für die Milch- und Eierindustrie.

...ist für ganz miese Jobs verantwortlich

Allein in Deutschland werden 56 Millionen Schweine jährlich von Menschen getötet, gehäutet, zerlegt und verpackt. 1.500 Schweine pro Stunde muss ein einziger Schlachthofarbeiter töten – acht Stunden am Tag, monate-, jahre-, vielleicht jahrzehntelang. Jobs in der industriellen Tierhaltung und -verarbeitung sind nicht nur schlecht bezahlt, schlecht angesehen, monoton und in jeglichem Sinne „dirty jobs“. Es sind grausige Jobs. Sie zwingen Menschen, jegliche Empathie mit der unmittelbar leidenden, schreienden, hilflosen Kreatur permanent zu unterdrücken. Sie stumpfen ab, brutalisieren, lassen verzweifeln. Die erschütternden Berichte von Beschäftigten in Mast- und Schlachtbetrieben legen davon Zeugnis ab.

...schädigt die eigene Gesundheit

„Fleisch ist ein Stück Lebenskraft“ – solche Werbung ließ sich die Agro-Lobby jahrzehntelang vom Steuerzahler finanzieren. Der beißt dafür umso schneller ins Gras. Das Problem ist nicht nur Dioxin-verseuchtes, BSE-erregendes oder gentechnisch verändertes Futter – sondern auch die massive Medikamenten-Dröhnung, ohne die industrielle Tierhaltung nicht funktionieren kann. In den USA werden schon mehr Antibiotika an Tiere verfüttert als an Menschen – mit absehbar katastrophalen Folgen. Durch zunehmende Antibiotika-Resistenzen können Seuchen, die die Menschheit überwunden hatte, mit aller Wucht zurückkehren.

Zu Biofleisch kann greifen, wer „nur“ an Herz- und Kreislaufkrankheiten oder an Krebs erkranken will. Wissenschaftlich nachgewiesen ist auch, dass

Milchverzehr dem Körper mehr Kalzium entzieht als zuführt – also nicht für starke Knochen sorgt, sondern für Osteoporose. Die Milch macht's? Wer der Werbung glaubt, springt auch mit Red Bull vom Hochhaus.

...macht sich zum Erfüllungsgehilfen kapitalistischer Herrschaft

Die Gier nach Fleisch und dem Profit, der sich daraus schlagen lässt, war dem „Realsozialismus“ nicht fremd. So lieferte Mao auf Bitten Ulbrichts zigtausend Tonnen Fleisch und Viehfutter an die DDR, damit man dort auf West- statt Weltniveau aß – während in China Millionen Menschen verhungerten. Heute ist Fleisch das alltäglichste und billigste Statussymbol wohlhabender Gesellschaften. Für die Meisten ist es das, was eine Mahlzeit als „anständig“ definiert, und kaum ein industriell hergestelltes Lebensmittel ist noch ohne tierische Zutaten zu haben. Ob Gelatine in Gummibärchen oder Fischmehl in Kartoffelchips: so wird auch der im Wortsinne allerletzte Dreck der Tierindustrie noch profitabel verkauft. Prinzip dieser Industrie ist die restlose Verwertung des Lebendigen für Waren, die niemand zum Leben braucht. Damit kann sie, die rücksichtslose Naturzerstörung, brutale Ausbeutung, systematische Quälerei, Barbarisierung und konzertierten Betrug alltäglich für ihre Profite organisiert, heute als ein Modell globaler kapitalistischer Herrschaft gelten.

...kann damit aufhören

Ganz ohne zu schwächeln: selbst Hochleistungssportler ernähren sich vegan, also ohne jegliche tierische Produkte, und dabei bleibt der Genuss keineswegs auf der Strecke. Tragfähige Gründe für den Konsum von Fleisch, Milch oder Eiern gibt es nicht – aber eine Menge schwerwiegender Gründe dagegen.

Zwei bis neun Prozent Vegetarieranteil an der Bevölkerung: das reicht bei weitem nicht. Politische Maßnahmen werden öffentlich längst diskutiert, wenn auch noch selten umgesetzt. Luxussteuern auf Tierprodukte, fleischfreie Tage in öffentlichen Kantinen, effektive Verbote – was ist innerhalb und mit der LINKEN durchsetzbar? Eine Verständigung über dieses Thema, das viele bisher als Zumutung oder als lächerlich abtun, ist jedenfalls an der Zeit.

Annette Sawatzki



Foto: PETA

... eine Welt zu gewinnen?

Der Hamburger Landesparteitag im April 2011 und die Programmdebatte – eine kleine Nachlese.

Der Entschluß der Partei DIE LINKE, sich ein Grundsatzprogramm zu geben, hat uns große Aufgaben gestellt: Das Grundsatzprogramm einer sozialistischen Partei muß – ausgehend von der gesellschaftlichen Lageanalyse und den Interessen der abhängig Arbeitenden und sozial Ausgegrenzten – möglichst kurz und verständlich Grundsätze, Aufgaben und Ziele für die Partei benennen. Es muß durch seine Zielsetzung Anziehungskraft nach außen ausstrahlen und durch seine Prognosekraft überzeugen. Gerade in einer Partei in der Entstehung dient es außerdem der Schaffung von politischer Identität nach innen: DIE LINKE muß erst noch zusammenwachsen, ein Ganzes werden und handlungsfähig werden in ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden. Neben der Größe der Aufgaben haben wir in der Programmdebatte damit auch enorme Möglichkeiten: Das Programm bietet in der Phase der Entstehung, während seiner Diskussion, eine einmalige Gelegenheit der Mobilisierung und Festigung, weil die Formulierung zur Sache jedes Mitglieds gemacht werden kann.

Wie haben wir in Hamburg versucht, dieser Bedeutung der Programmdebatte gerecht zu werden? Dazu erst ein kurzer Rückblick. Der Programmentwurf (PE) wurde von der Programmkommission (Matthias Höhn, Katja Kipping, Ralf Krämer und Sahra Wagenknecht) im Auftrag des Parteivorstandes erarbeitet und am 20. März 2010 von den Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine der Öffentlichkeit vorgestellt. Zu diesem Zeitpunkt bestand der neu gestartete Arbeitskreis Programm (AKP) in Hamburg schon fast vier Monate und hatte vor allem zum Krisenbegriff gearbeitet, in der Annahme, daß dieser für unsere Arbeit mit dem PE von großer Bedeutung sein würde. Generell sollten laut Beschluß des Landesvorstandes eine offene Struktur und eine breite Diskussionsplattform geschaffen werden, in denen

1. die verschiedenen Strömungen der Partei repräsentiert sind,
2. jeder zur Mitarbeit eingeladen und willkommen ist,
3. solidarisch und im gegenseitigen Respekt diskutiert wird,
4. eigenständig ein Arbeitsprogramm entwickelt wird und
5. daran gearbeitet wird, die Programmdiskussion in die Partei hineinzutragen, in die Bezirke, Ortsverbände, Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse und Kommentare, Bewertungen und Än-

derungsvorschläge zu sammeln. Der Arbeitskreis wollte zunächst sowohl Sammlungspunkt als auch Verteiler in der Programm-Diskussion werden, später möglicherweise auch der Ort für die Ausarbeitung von Änderungsanträgen.

Um ein wichtiges Ergebnis vorwegzunehmen: Heute, nach knapp 1 1/2 Jahren Arbeit mit monatlich durchgeführten Treffen, können wir feststellen, daß es uns gelungen ist, die meisten dieser für unsere Partei nicht selbstverständlichen Ansprüche einzulösen und damit auch ein positives Beispiel für die Entwicklung unserer Streitkultur zu geben. Wir haben festgestellt, daß die Hamburger LINKE in wichtigen Fragen sozialistischer Programmatik konsensfähig ist oder – gegebenenfalls – mit unterschiedlichen Positionen solidarisch umgehen kann. Sie ist dabei auch in der Lage, ihre Ergebnisse überzeugend und erfolgreich in der Parteiöffentlichkeit zu vertreten (z. B. auf den Programmforen in Rostock und Hannover) oder zu publizieren (z. B. im Debattenorgan „Hamburger Debatte“).

Zum Punkt 5 des Entsendungsbeschlusses – Hineintragen der Programmdiskussion in die Partei - bleibt anzumerken, daß der AK-P zwar die genannten Themenfelder im Plenum und in Unter-AGen bearbeitet hat, die Verbindung zu und Rückkopplung mit den übrigen Gliederungen des Landesverbandes aber nur punktuell hergestellt worden ist. So gibt es zwar einige erarbeitete Positionen und Änderungsanträge zum Programmentwurf (vor allem zur Friedenspolitik), aber zum einen wurden diese in anderen AGen erstellt und zum anderen gibt es damit keinen allgemeinen Überblick über diese. Der Arbeitskreis hat zu keinem Zeitpunkt die angedachte Rolle der Sammelstelle spielen können.

Es gab aber weitere, grundsätzliche Schwächen in der Hamburger Programmdebatte. Erstens zeigten sich bestimmte Protagonisten zwar zu Beginn im AK-P, ließen sich im Verteiler aufnehmen, um informiert zu bleiben – und blieben dann aber weg. Die Bezirke zeigten von Anfang an kaum Interesse an Präsenz. Zweitens: Der PE fand nach seiner Veröffentlichung kaum Erwähnung in der Partei: Keine vorgetragene Gesamteinschätzung und kein geschriebener Beitrag brachten eine Debatte über die grundsätzlichen Fragen der Programmatik der Partei im eingangs beschriebenen Sinne in Gang. Es gab nur eine mäßig mobilisierte Mitgliederversammlung, ansonsten war die Programmdebatte mehr oder weniger in den AK-P abgeschoben.

Dabei gab es in dieser Zeit neben den prinzipiellen auch konkrete und aktuelle Gründe für eine Programmdebatte: Die innerparteilichen Auseinandersetzungen nahmen an Härte und Zerstörungskraft zu – welche Bedeutung kommt in dieser Lage der Programmdebatte zu? Immer wieder wurde die Kluft zwischen den Grundsätzen und Inhalten des PE und der politischen Praxis der Partei sichtbar und offen angesprochen. In den Wahlkämpfen erwies sich unter anderem die Taktik, als parlamentarisches Zünglein an der Waage Bedeutung zu gewinnen als erfolglos, die Notwendigkeit, programmatisch konsequent kapitalismuskritisch aufzutreten zu wenig beachtet. Und schon gar nicht diskutiert wurden die aktuellen Widersprüche des Kapitalismus, seine (krisenhafte?) Entwicklungsstufe und seine anhaltende Offensive, die Kriegsgefahr und die realen Möglichkeiten ihrer Eindämmung oder gar Überwindung, die Klassenverhältnisse – um nur einige zu nennen.

Am Ende der langen „Ruhephase“, kurz vor dem LPT (Landesparteitag) am 16. und 17. April wurden einige Änderungsanträge bekannt, der PE tauchte im Bewußtsein des Landesverbandes wieder auf. Das Thema sollte nun auf einem Parteitag „drankommen“. Dieses Vorhaben endete mit zwiespältigem Erfolg: Der Termin des Redaktionsschlusses für Änderungsanträge bei der Programmkommission – der 31. März 2011 – wurde verpaßt, die Planung kam im Landesvorstand zu kurz.

Immerhin: Die angekündigte „deadline“ konnte gelockert werden. Sozusagen kurz vor zwölf wurden die Änderungsanträge zum PE gesichtet: Es gab nur einen, und der war bereits abgeschickt. Dafür gab es für den ersten Tag, den 16.04., einen Leitartikel des Landesvorstandes „Schlußfolgerung aus einem guten Wahlergebnis“ – ohne Bezug zur Programmdebatte. Dazu: Jede Menge kleinschrittige Text-Änderungsanträge. Es fehlte also eine Strukturierung für die Programmdiskussion am zweiten Tag des Parteitages: Eine „Erklärung“ zu den Ergebnissen der Programmdebatte in Hamburg, von den Koordinatoren des AKP geschrieben, wurde am Vorabend des Parteitages eingereicht, also zu spät, um die Diskussion inhaltlich zu beeinflussen oder gar abgestimmt zu werden.

Die Durchführung und der Ablauf der beiden Tage der „4. Tagung des 2. Parteitages“ verliefen entsprechend der Planung: zu wenig strukturiert. Der Leitartikel erforderte viel Zeit. Immerhin, das Vorhaben, das am Ende des Leitartikels aufgeführt wird („Gerade weil der Hamburger Landesverband auch auf dem anstehenden Programmparteitag Ende des Jahres einen wichtigen Beitrag leisten kann, sollten wir umgehend und nach selbstkritischer Überprüfung der bisherigen Konzeptionen unsere Bildungsarbeit wieder aufnehmen“) verweist auf die Notwen-

digkeit einer kritischen Einschätzung der geführten Programmdebatte.

Der Zeitrahmen für die Tagesordnungspunkte wurde am ersten Tag ständig überschritten, der zweite Tag war deswegen ein ziemlich überladenes Durcheinander von Themen, Berichten, Rücktritts begründungen und Wahlen zum (Geschäftsführenden) Landesvorstand und – ganz am Ende – der PE.

Der Parteitag wurde auf diese Weise nicht gerade zum Höhepunkt der Programmdebatte. Und dies obwohl der Bericht von Ralf Krämer eine gute Übersicht über den Stand der Dinge und damit eine gute Ausgangslage bot. Und auch die Rede von Klaus Ernst: Sie war klar, kämpferisch und motivierend. Er benannte die Strippenzieher der „Personaldebatte“ die oberflächlich gegen ihn und Gesine Löttsch mit Hilfe von „Spiegel“ und anderen Sudelorganen betrieben wird, grundsätzlich aber gegen die politische Linie von Oskar Lafontaine gerichtet ist, der sich die beiden verpflichtet fühlen. Dagegen forderte er die „klare Kante“ – warum nicht in Form einer richtungsweisenden Programmdiskussion?

Davon blieb allerdings nur ein Thema, die friedenspolitischen Positionen, und das Ergebnis war zwiespältig. Am Ende blieb zwar der Konsens, der in langer Zusammenarbeit zwischen den beiden Friedens-AGen erzielt worden war, in seiner Grundlinie erhalten. Aber die grundsätzliche Frage, wie mit bereits erarbeiteten Anträgen umzugehen ist - ob also ein bereits eingereichter Änderungsantrag einer Gliederung auf einem Landesparteitag seinerseits geändert werden soll – blieb ungeklärt und hätte im Vorfeld gelöst werden müssen. Immerhin: Eine Hamburger Position ist eingebracht worden.

Ende Mai, Anfang Juni soll ein neuer Text in Form eines Leitartikels für den Programmparteitag im Oktober veröffentlicht werden. Änderungen können dann bis zum September eingereicht werden. Um die mobilisierende Kraft der Programmdebatte in dieser Phase zu nutzen, folgen hier ein paar Schlußfolgerungen aus der ersten Runde: „So früh wie möglich: Diskussion der Mindestanforderungen an einen den Leitartikel „Konzentration auf die Kernaussagen und zentralen Begriffe: z.B. Friedenspolitik, demokratischer Sozialismus, politische Ökonomie des ökologischen Umbaus usw. „mehr Werbung für die jeweiligen Termine und Themen des AK-P, z.B. auf der Website der Partei, (Diskussions-) Veranstaltungen mit Referent/Innen „ jede Gliederung des Landesverbandes bestimmt eine(n) Programmverantwortliche(n) „frühzeitige Planung eines Landesparteitages, auf dem Zeit und Raum gegeben wird, die Parteitags-Delegierten mit einem hoffentlich breit angelegten Hamburger Konsens vertraut zu machen.

Uli Ludwig, Hartmut Obens

Das Verhältnis zwischen Lohnarbeit und Kapital lässt sich nicht wegdefinieren

Lohnarbeit sowohl in ihrer klassischen Form wie auch in ihren prekären Auswüchsen wird mit Definitionsstreitereien nicht überwunden. Wir haben als Linke die historische Verantwortung, Aufklärung und Gegenwehr zu betreiben.

Wir haben ein großes Problem. Es mangelt an gemeinsamer Erkenntnis durch Arbeit. Wer heute arbeitet und dafür Gehalt oder Lohn bezieht, tut dies auf so unterschiedliche Weise, dass es kaum mehr ein kollektives Erleben von Arbeit gibt. Massenerwerbslosigkeit und prekäre Beschäftigung schaffen weitere Wissensbarrieren. Menschen mit Werkverträgen sind isoliert. Zeitarbeitende erleben sich als ausgeliehen. Unter-30-Jährige gehen gar nicht mehr davon aus, länger als ein paar Jahre dasselbe mit anderen gemeinsam zu tun. Der Alltag vieler NiedriglohnjobberInnen spaltet sich sogar in mehrere Arbeitswelten gleichzeitig. Ein-Euro-JobberInnen sind staatlichem Arbeitszwang ausgesetzt.

Daher ist es so schwierig, einen gemeinsamen Arbeitsbegriff zu finden. Wir befinden uns mit der Auseinandersetzung darüber übrigens in guter Gesellschaft: Seit Jahrhunderten interpretieren ihn Philosophen – Platon, Aristoteles, Hegel, Feuerbach – ohne dass es jemals eine Einigung gegeben hätte.

Der Kapitalismus reduziert Arbeit auf Lohnarbeit – und setzt der menschlichen Entwicklung damit Schranken. Es gibt das berechtigte Bedürfnis, Arbeit nicht nur als Produktionsfaktor zu begreifen. Dennoch ist es unabdingbar, Arbeit erst einmal als das zu verstehen, worauf sie im Kapitalismus reduziert wird: wertschöpfend im Ausbeutungsprozess bei gleichzeitiger Ressourcenverschwendung durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen und Überproduktion.

Ein Anerkennen der Arbeit im Reproduktionsbereich ist von der Überwindung dieses Gesellschafts-systems abhängig. Es bedeutet einen politischen Rückzug und ein Aufgeben der Klassengegensätze, unter den jetzigen Verhältnissen ein Bedingungsloses Grundeinkommen zu fordern oder sich mit einem Perspektivenwechsel (4-in-1) zu begnügen. Es ist ein naiver – wenn auch verständlicher – Wunschtraum, sich einen sozialeren Kapitalismus auszumalen, in dem man frei von Lohnarbeit leben und arbeiten kann. Er ist berechtigt, weil es hunderttausenden Menschen seit Jahren nicht mehr ermöglicht wird, am so genannten ersten Arbeitsmarkt teilzuhaben. Viele haben den Kampf darum aufgegeben, wie auch die Sozialdemokratie ihn mit den Hartz-IV-Gesetzen aufgegeben hat. Dennoch ver-

schwinden ökonomische Gesetze nicht einfach: Solange sich das Verhältnis von oben und unten, von arm und reich, nicht verändert; solange die Eliten weiterhin die Geldströme steuern und die Verfügungsmacht über Grund, Boden und Betriebe haben, wird sich an der Not von Menschen und der sozialen Spaltung nichts verändern. Und es reicht für eine solidarische Gesellschaft nicht aus, ein monatliches Einkommen von 1.000 bis 1.500 Euro bei einer Arbeitszeit von vier Stunden täglich zu fordern! Die Verfügungsmacht über Zeit und Geld sind die zentralen Auseinandersetzungsfelder zwischen Kapital und Arbeit – und müssen dort auch stattfinden.

Lohnarbeit sowohl in ihrer klassischen Form wie auch in ihren prekären Auswüchsen wird mit Definitionsstreitereien nicht überwunden. Wir haben als Linke die historische Verantwortung, Aufklärung zu betreiben und durch aktive Mobilisierung von Gegenwehr Erkenntnisprozesse zu fördern, die sich gegen die strukturelle Verfestigung dieses Gesellschaftssystem richten: etwa durch den politischen Streik und durch Engagement in und Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

DIE LINKE kann den frauenbewegten Frauen das Angebot machen, dass Partizipation an der Macht und verbesserte Lebensbedingungen möglich sind, wenn der Schlüssel zur Gleichstellung, die ökonomische Unabhängigkeit erreicht wurde. Und damit das Recht auf auskömmliche Arbeit, das vor allem Frauen im Kapitalismus verwehrt bleibt. Die Frauenfreiheitsbewegung ist fähig, den Kapitalismus in seinen Grundfesten in Frage zu stellen und zu überwinden. Weil er unabdingbar mit dem Patriarchat verstrickt ist.

Die Auseinandersetzung über den Arbeitsbegriff ist von zentraler Bedeutung: Er entscheidet über unsere Beliebigkeit oder künftige Existenzberechtigung. Man kann das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapitalismus nicht einfach wegdefinieren. Sie bleibt an eine Überwindung seiner Schranken, die der gesellschaftlichen Entwicklung Grenzen setzen, gebunden.

Kersten Artus, Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE für Frauen- und Gewerkschaftspolitik, Konzernbetriebsratsvorsitzende Bauer Verlagsguppe

Für ein anderes Arbeiten

Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, darf keine „Frauenfrage“ mehr sein. Sie muss als allgemeine Frage von Produktion und Reproduktion einer Gesellschaft wahrgenommen und praktisch beantwortet werden.

Wir wollen die Wirklichkeit des Arbeitens verändern, darunter das Verhältnis von Erwerbs- und Sorgearbeit und die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Aus diesem Grund machen wir uns Gedanken über den Arbeitsbegriff. Wir setzen unsere eigene Situation als Erwerbstätige oder Erwerbslose in prüfende Beziehung zum Programmentwurf. Folgender Gedanke muss sich darin wiederfinden: „Ziel der LINKEN ist (...) eine grundsätzliche Neubewertung und -Verteilung aller Arbeiten. Individuen und Gesellschaft brauchen gleichermaßen Erwerbsarbeit, Sorgearbeit, politische/gesellschaftliche Arbeit und ein Leben in Kultur, Bildung, Fortbildung, Genuss“ (aus dem Beschluss des 1. Parteitages der Partei DIE LINKE am 24./25. Mai 2008 in Cottbus)

Eine gerechte Verteilung von reproduktiver und produktiver Arbeit zwischen den Geschlechtern ist unabdingbar. Jede Frau muss die Möglichkeit haben, sich eigenständig ökonomisch abzusichern, um sich nach eigenen Vorstellungen eine qualifizierte Teilhabe zu sichern. Die massive Beeinträchtigung durch den „Reproduktionszwang“ muss dringend verändert werden.

Die Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die Sorge um Kinder und alte Menschen darf keine „Frauenfrage“ mehr sein, sondern muss als allgemeine Frage von Produktion und Reproduktion einer Gesellschaft wahrgenommen und praktisch beantwortet werden. Das passiert aber nur, wenn nicht nur Frauen, sondern auch Männer ihre Perspektive erweitern: „Eine besondere Herausforderung besteht nun darin, den Blick auf die Verantwortlichkeit von Männern für Pflege und Fürsorge zu richten. Einerseits im Sinne einer Rekrutierung für verschiedene gesellschaftlich notwendige Pflegeberufe, andererseits durch die Beseitigung der Tradition, Arbeitsbelastungen nach Geschlecht zu verteilen.“ (Liv Mjelde, Oslo).

Dazu gehört zum Beispiel, dass Väter in demselben Maße für Familienarbeit verfügbar sein sollten wie Mütter. Nur ein Element dafür wäre, dass der mit dem Elterngeld verbundene Erziehungsurlaub auf beide Geschlechter gleich verteilt wird – ohne die Möglichkeit des Mannes, die eigene Elternzeit an die Frau delegieren zu können. Ein weiteres wären personell gut ausgestattete Kitas, die Kindern jeden Alters wohnortnah und kostenlos zur Verfügung stehen. Auch weitere Vorschläge zur qualifizierten Vergesellschaftung reproduktiver Tätigkeiten müssen

diskutiert und umgesetzt werden. Die kapitalistischen Krisen wirken sich geschlechtsspezifisch aus. Die Zerstörung des Sozialstaates – die Erosion der Rentensysteme und der Gesundheitsversorgung, des Bildungswesens und der Arbeitsmarktpolitik – geht vor allem zu Lasten der Frauen. Denn die zunehmend privatisierte Sorgearbeit wird in aller Regel von ihnen aufgefangen. Frauen sind es in aller Regel, die Kinder, alte Menschen und Kranke versorgen. Frauen sind auch die ersten, die im Kampf um einigermaßen auskömmliche Erwerbsarbeit marginalisiert, in den Niedriglohn und in prekäre Beschäftigungsverhältnisse oder gleich an den Herd gedrängt werden. „Auch die Gleichstellung von Migrantinnen muss zentraler Aspekt eines linken feministischen Projekts sein – die Legalen, die von einem Ehemann ökonomisch abhängigen, aber auch die vielen illegalisierten Frauen in der Hausarbeit, in der Pflege und in der Sexarbeit.“ (Birgit Sauer, Wien)

Dagegen ist für eine feministische Ökonomie zu streiten, für eine Ökonomie der Sorge und Vorsorge unter ökologischen Gesichtspunkten, für die die Überwindung des kapitalistisch-patriarchalen Wirtschaftssystems.

Es geht jedoch nicht allein darum, Erwerbsarbeit gerechter zu verteilen, sondern um die gerechte Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten, von denen sehr viele nicht entlohnt werden, aber doch geleistet werden müssen. Die Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit ist ein Signal in die richtige Richtung. Aber darüber hinaus ist es notwendig, die 4-in-1-Perspektive und die Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen ebenso kritisch wie konstruktiv aufzunehmen. Beide Ideen öffnen nämlich den Blick für die (verdrängten) Voraussetzungen und für den (Mangel an) Sinn eines Lohnarbeitssystems, das einzig nach Maßgabe des maximal damit zu erzielenden Profits organisiert ist.

„Wichtige Dimensionen und Kämpfe gelten der Frage von Selbstveränderung, der Wiederentdeckung des eigenen Standpunktes und der Herstellung einer Politik des Wir, also kollektiver Handlungsfähigkeit. Gegen die neoliberale Vereinzelung ist explizit zu streiten. Dass es nicht fertig ist, dass keine Rezepte heraus kommen, kann uns nicht entmutigen, sondern an die Arbeit setzen.“ (FriggaHaug)

**Hildegard Heinemann,
Sprecherin der AG LISA**

Zu viel Erwerbsarbeit im Programm?

Die Erwerbslosigkeit ist hoch. Ungefähr 10 Millionen suchen Arbeit, wenn all diejenigen mitgezählt werden, die nicht registriert sind, die eine Teilzeitarbeit haben oder eine Vollzeitstelle, aber nicht davon leben können. Und weiter: Niedriger Lohn, schlecht bezahlte Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, keine Sozialversicherung. Der Stress bei der Arbeit nimmt zu. Das ist Grund genug für eine linke Partei, sich um Erwerbsarbeit zu kümmern. Gibt es eine andere Partei, die das kompromisslos tut?

Damit aber sind weitere Bereiche menschlicher Tätigkeit noch nicht angesprochen, nämlich, so Frigga Haug, die Arbeit an sich selbst und an anderen Menschen, Arbeit, um schlummernde Anlagen lebenslang lernend zu entfalten, das politische Eingreifen in die Gesellschaft. Deswegen die Forderung an den Programmentwurf, ins Leben im Vier-Viertel-Takt aufzubrechen: ein Viertel Erwerbsarbeit, ein Viertel Reproduktionsarbeit, ein Viertel für Muße, Kunst und Kultur und, um das Ganze komplett zu machen, ein Viertel Politik.

Nun steht die Erwerbsarbeit in einem logischen Zusammenhang zu den anderen drei Arbeitsarten: Eine steigende Arbeitsproduktivität eröffnet die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Damit mehr Zeit für mehr Reproduktionsarbeit. („Samstags gehört Vati mir“ war die Parole beim Kampf um die 40-Stunden-Woche.) Weiter die Humanisierung der Arbeitswelt. Wir wollen weniger abgekämpft von der Arbeit kommen und tatsächlich in der Lage sein, uns nach Feierabend um andere Dinge zu kümmern. Vor allem aber darf nicht unterschätzt werden, dass die Arbeit in den Nicht-Erwerbsarbeits-Bereichen durch einen angemessenen öffentlichen Dienst unterstützt und ergänzt wird. Darüber findet sich bei den Parteigängern des Vier-Viertel-Takts nichts. (Wieso eigentlich?) Denn wenn etwa Kinder groß zu ziehen, wenn Kranke und Alte zu pflegen sind, dann wünschen wir uns, dass wir damit nicht allein gelassen werden. Schließlich sollte die Erziehung in der Familie ihre Ergänzung finden in einem guten öffentlichen Erziehungswesen. Ähnliches gilt für die häusliche Pflege der Kranken und Alten. Und sicherlich bringt individuelle Arbeit bei Kunst und Kultur voran, aber viel zum Erfolg tragen öffentliche Bildungseinrichtungen, Büchereien, Theater, Museen bei.

Die wirtschaftliche Grundlage dieser öffentlichen Unterstützung und Ergänzung bei der Nicht-Erwerbsarbeit ist die Erwerbsarbeit in der herkömmlichen Produktion. Sie wird im Rahmen eines Systems umfassender Arbeitsteilung geleistet. In einem entwickelten Industrieland nämlich kann niemand

mehr alles selbst herstellen, was er braucht. (Die Herstellung von Nahrungsmitteln kann als Beispiel dienen.) Sicherlich wird es den Kapitalisten so möglich, Mehrwert abzuschöpfen. Aber dennoch: Selbst die kapitalistische Lohnarbeit hat ihre Vorteile: Die Teilnahme an der Arbeitsteilung ermöglicht, die eigene spezialisierte Arbeit einzutauschen gegen die Produkte fremder spezialisierter Arbeit. Die Produktivität der Arbeit ist hier ungleich höher als bei Selbstversorgung. Es geht weniger Arbeitszeit drauf, um sich ein bestimmtes Erzeugnis zu verschaffen. Diese Seite der Erwerbsarbeit darf nicht übersehen werden.

Bei steigender Produktivität einer Arbeitsstunde muss es einen Verteilungskonflikt geben: Wird das zusätzliche Produkt zu Lohn oder zu Gewinn? Aber nicht nur das ist die Frage – sehr wichtig sind die Steuergesetze der Parlamente. Wird der Staat am Ergebnis der wachsenden Produktivität der Arbeit beteiligt? Denn nur so lässt sich mehr öffentlicher Dienst in Bereichen wie Erziehung und Bildung, Kultur, Pflege, usw. finanzieren. Oder anders: Alle, die im öffentlichen Dienst arbeiten und die drei anderen Bereiche menschlicher Arbeit unterstützen und ergänzen, müssen mit den für ihren Lebensunterhalt notwendigen Produkten versorgt werden. Diese Produkte stammen aus dem Bereich der Produktion, d.h. der Erwerbsarbeit. Je höher die Produktivität der Arbeit dort, umso mehr Leute können versorgt werden, die außerhalb dieses Bereiches nützliche Arbeit leisten. Diese unterstützende Arbeit ist ebenfalls Erwerbsarbeit. Davon brauchen wir mehr. Das muss unter Linken nicht weiter begründet werden.

Halten wir also fest: Wenn bei steigender Arbeitsproduktivität mehr Steuereinnahmen und damit mehr öffentlicher Dienst durchgesetzt wird, dann hilft das der Arbeit an sich selbst und an anderen Menschen, der Arbeit, um schlummernde Anlagen lebenslang lernend zu entfalten, dem politischen Eingreifen in die Gesellschaft voran. Hier schafft das große Kollektiv Staat (oft in Form der konkreten Dienstleistungen der Gemeinde) den Raum zur Entfaltung der kleinen Kollektive und der Individuen. Wenn wir das als Fortschritt ansehen, dann ist die Arbeit im produzierenden Bereich und die Zunahme ihrer Produktivität die Grundlage für zivilisatorischen Fortschritt. Das ist zu beachten, wenn von der Bedeutung der Erwerbsarbeit die Rede ist. Damit befasst sich der Programmentwurf in vielen Abschnitten sehr ausführlich.

Herbert Schui, MdB DIE LINKE 2005-2010, Prof. em. für Volkswirtschaftslehre, www.herbert-schui.de

Buchtipp: Hamburger Totengericht

Kunstvolle Abrechnung von Wolfgang Beutin

Es findet sich mehr zusammen, um die politische Bewegung, von der wir sprechen, die nationalsozialistische, vom Geistigen her zu stärken. Dazu gehört eine gewisse Philologenideologie, Germanisten-Romantik und Nordgläubigkeit aus akademisch-professoraler Sphäre, die in einem Idiom von mystischem Biedersinn und verstiegener Abgeschmacktheit mit Vokabeln wie rassisch, völkisch, bündisch, heldisch auf die Deutschen von 1930 einredet und der Bewegung ein Ingrediens von verschwärmter Bildungsbarbarei hinzufügt, gefährlicher und weltentfremdender, die Gehirne noch ärger verschwemmend und verklebend als die Weltfremdheit und politische Romantik, die uns in den Krieg geführt haben.“
Thomas Mann, „Deutsche Ansprache, Ein Appell an die Vernunft“, 1930.

„Mit derselben eigenartigen Betonung wie zuvor, doch mit einer eher gelangweilten Stimme folgt seine Reaktion: ‚Verzeihung, Herr Doktor Anecker – Sie sind Marxist?‘“ Wolfgang Beutin, „Das Hamburger Totengericht“, von Bockel Verlag 2011.

Es gibt sie nicht mehr, die mehr oder minder verkleideten Altnazis oder die streng deutschnational verstockten Konservativen alter Schule, die nach dem positiven Bruch von 1945 zuhauf die bundesdeutschen Universitäten bevölkerten und selbst nach den lüftenden Winden von 1968 noch nicht gänzlich aus den Wissenschaften vertrieben waren.

Dennoch beweist die schmierige Causa Guttenberg (Krieg und Lüge!), daß mit deutscher Wissenschaft viel schöner Schein auf der Bühne respektive viel Gemaschel, Gemunkel und Manipulation in verstaubten Kulissen – auch mit modernster Technik – betrieben wird. Das macht die Causa Dr. Anecker, so heißt der Protagonist der realistischen Fiktion des Literaturwissenschaftlers, Dozenten und Autors Wolfgang Beutin, so erfrischend zeitnah.

Anhand eines „Traums“, in dem sich die Hauptperson tot wähnt und in mehreren längeren Episoden vor dem „Totengericht“ seine Sache ausficht, wird das Bemühen Dr. Aneckers lebendig nachgezeichnet, gegen Ignoranz und Intrigen der Kollegenschaft Aufklärung, Vernunft, historisches Bewußtsein sowie gesellschaftliche Verantwortung in Forschung, Lehre und Studium der hamburgischen Literaturwissenschaft zu verankern. Unterstützt wird Anecker dabei von seinem Mentor Professor Haffner, den Studentinnen und Studenten und von seiner Lebensgefährtin. Vor Gericht ist der Rechtssekretär Eigensinn der solide Beistand.

Die professoralen Kontrahenten heißen mit sprechenden Namen Ayertänzl, Unmütel, Marinelli, Wänstle, Capon, Wellfleisch und Zahnstein. Dazwischen agiert wenig rühmlich der Uni-Präsident namens wie namensadäquat Trarawedler.



Abb.: von Bockel Verlag

Der Prozeß wird im Verlaufe der Erzählung umgewandelt von einer Anklage gegen Anecker wegen Schlechtmachung der Professorenschaft in eine Anklage gegen die Machenschaften und auch wissenschaftliche Inkompetenz der Kontrahenten, ebenso gegen die mangelhafte Verfaßtheit der Universität.

Das Buch ist ein Plädoyer für die Aufklärung und eine wirklich demokratische Universität. Es ist eine heitere Geschichte. Man sollte sie lesen.

Olaf Walther, AG Studierendenpolitik
Wolfgang Beutin, „Das Hamburger Totengericht“
ist 2011 im Bockel Verlag erschienen, Preis: 18

Sozialer Zusammenhalt: Wer soll da mit wem und warum zusammenhalten?

DIE LINKE kämpft, so heißt es im Programmentwurf, „für eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung (...), die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen (...) Rahmensezung und Kontrolle unterordnet“. Überwunden werden soll „die Vorherrschaft des Kapitals“ zugunsten des demokratischen Sozialismus.“ Damit ist zweierlei klargestellt: In der gegenwärtigen Gesellschaft herrscht das Kapital; Ziel ist, dass Demokratie die Wirtschaft steuert. Herrschaft des Volkes also in allen Bereichen.

Kann es bei der „Vorherrschaft des Kapitals“, das heißt Kapitalismus, sozialen Zusammenhalt geben? Im eigentlichen Wortsinn nicht, denn der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ist ja ständige Auseinandersetzung, er bedeutet Niederlagen und Siege für die eine oder die andere Seite, aber nie Klassenfrieden und Harmonie. Denn was ist beispielsweise los, wenn Gewerkschaften und Unternehmensverbände zusammenhalten?

Eine Passage des Programmentwurfs behauptet, dass „eine Krise des sozialen Zusammenhalts entstanden (sei), die eng mit einer Sinnkrise verbunden ist.“ Also muss es „sozialen Zusammenhalt“ und „Sinn“ im Kapitalismus gegeben haben! Kennzeichen dieser Krise sind „zunehmende Unsicherheit und Armut“, die „Angst vor sozialem Absturz, die Spaltung der Erwerbsarbeit in Bereiche der „kreativen Herausforderung“ und der „unsinnigsten Arbeit“. Das Bildungssystem trage „zur sozialen und kulturellen Spaltung der Gesellschaft“ bei. All diese Beobachtungen treffen fraglos zu. Richtig ist auch, dass es Zeiten gab, in denen es besser ging. Aber das hatte nichts mit sozialem Zusammenhalt zu tun. Vielmehr hat in diesen Zeiten die Kapitalseite eine Niederlage einstecken müssen – nicht als Ergebnis von sozialem Zusammenhalt, sondern von Konflikt.

Sicherlich lässt sich in einer kapitalistischen Gesellschaft ganz nüchtern von einem gesellschaftlichen Zusammenhalt reden. Denn trotz all ihrer internen Konflikte ist diese Gesellschaft bemerkenswert stabil – und dies nicht nur, weil es Regeln für die immanenten Konflikte gibt, so die Koalitionsfreiheit, das Streikrecht, die Demonstrationsfreiheit. Die Absurdität zunehmender Armut bei hoher und steigender Arbeitsproduktivität jedenfalls gefährdet diese Stabilität offenbar nicht.

Das 19. Jahrhundert hat sich mit dieser Frage eingehend befasst. Lorenz vom Stein schreibt in seiner „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich“: „Wenn die nichtbesitzende Klasse die Herrschaft über die Staatsgewalt (...) erreichen will, so wird die besitzende Klasse ihr natürlicher und unversöhnlicher Feind sein, und der Staat wird der Gewalt der Waffen und damit

dem Untergang der Freiheit anheimfallen (...). Dasselbe sei der Fall, „wenn die besitzende Klasse die Herrschaft über die Verwaltung wesentlich im Interesse des Besitzes ausübt“. Stabilität erwartet vom Stein dann, wenn „die besitzende Klasse die Staatsverwaltung im Sinne der nichtbesitzenden Klasse zur Hebung des Loses der Arbeiter“ nutzt. Das Los der Arbeiter also so lange heben, bis sie Ruhe geben. Und da sie im Augenblick trotz allem Ruhe halten, kann die besitzende Klasse ungestört weiter ihr Interesse durchsetzen. Das zu deuten als „Krise des sozialen Zusammenhalts (...), die eng mit einer Sinnkrise verbunden ist“, fällt schwer.

Zu klären ist doch vielmehr, warum Konflikte im Bereich Arbeit und Soziales ausbleiben, warum innerhalb der Linken da und dort kritisiert wird, dass die soziale Frage im Programm zu sehr betont wird. Zu klären ist auch, warum die Mehrheit der Bevölkerung die Möglichkeiten, die ihr die bürgerliche Demokratie eröffnet, nicht nutzt, warum sie sich über den potentiellen Umsturzscharakter der Demokratie, so Jacob Burckhardt, offenbar nicht im Klaren ist. Gegenwärtig scheint Tocqueville Recht zu haben mit seiner Bemerkung in der „Demokratie von Amerika“ (geschrieben in den Jahren 1835 bis 1840), dass es sich bei der Demokratie um „eine Art der geregelten, milden und friedlichen Knechtschaft“ handelt, die „sich besser, als man glaubt, mit einigen äußeren Formen der Freiheit vertragen“ kann.

Zu tun haben wir es gegenwärtig nicht mit der Krise eines sozialen Zusammenhalts, sondern mit milder und friedlicher Knechtschaft unter der Vorherrschaft des Kapitals. Die ist im Augenblick offenbar genug gefestigt. Sozialer Ausgleich, die „Hebung des Loses der Arbeiter“, ist nicht nötig. Stattdessen wird versucht, Zusammenhalt ideologisch durch die Herstellung von Homogenität, also von Gleichartigkeit zu erreichen. Hierher gehört Merkels Parole vom Volk als Schicksalsgemeinschaft (Regierungserklärung vom November 2005) oder der Erweckungsruf „Du bist Deutschland“ (2005/06). (Völkischer Mief deutet sich an.) Zu beachten ist aber: Zwar ist Homogenität der Gesellschaft ein Mittel zur Integration verschiedener sozialer Erwartungen und Rechtfertigungen, zugleich aber ist sie auch Mittel für Ausgrenzung, Denunziation, Verfolgung und Gewalt. Deswegen die Zunahme von Rassismus, Faschismus, von dem im Programmentwurf im Abschnitt zum sozialen Zusammenhalt die Rede ist.

Herbert Schui, emeritierter Professor für Ökonomie an der (ehemaligen) Universität für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP) und Bundestagsabgeordneter der LINKEN von 2005 bis 2010

Sarrazin abschaffen – Solidarität statt Spaltung

Migrantinnen und Migranten sind mit allem Recht empört – wie können die rassistischen Thesen eines Rechtspopulisten geduldet werden, zumal von einer Partei, die sich immer noch „sozial“ und „demokratisch“ nennt?

Die Berliner Schiedskommission hat entschieden: Sarrazin bleibt weiterhin Mitglied der SPD. Sybille Uken, Vorsitzende der zuständigen SPD-Schiedskommission Charlottenburg-Wilmersdorf, betonte, man habe beschlossen, sich als SPD „nicht auseinanderdividieren“ zu lassen. Olaf Scholz bezeichnete das Urteil als „vernünftig“ und betonte, die SPD sei „eine demokratische Partei, die unterschiedliche Ansichten aushält“. Doch Rassismus ist keine „Ansicht“, die man haben kann oder eben nicht - keine „Meinung“, die „man doch wohl noch sagen darf“, ohne dafür auch nur im Geringsten geächtet zu werden. Migrantinnen und Migranten sind mit allem Recht empört – wie können die rassistischen Thesen eines Rechtspopulisten geduldet werden, zumal von einer Partei, die sich immer noch „sozial“ und „demokratisch“ nennt? Das Urteil ist eine klare Positionierung gegen die Migrantinnen und Migranten in Deutschland, vor allem gegen die Muslime unter ihnen. Sie halten als Sündenbock her für die Folgen von Wirtschaftskrise, Politikversagen und Sozialabbau. In der Vergangenheit äußerte sich Sarrazin auch über Hartz IV-EmpfängerInnen, über RentnerInnen, über Jüdinnen und Juden in menschenverachtender und rassistischer Weise. Die neoliberalen Medien bieten ihm dafür bereitwillig eine Bühne – und heizen die Hetzstimmung damit erst richtig an. Ob in der Zeitung oder im Fernsehen, bei Debatten zum Thema Migration wird Sarrazin nach seiner „Expertenmeinung“ gefragt. Niemand fragt die Betroffenen, was sie empfinden, wenn Sarrazin über sie herzieht und die BILD-Zeitung Kampagnen gegen sie führt. Und wenn sich Protest regt, darf sich der Hassprediger mit Bestseller-Auflage auch noch als Märtyrer der Meinungsfreiheit stilisieren.

Das ist keine Kultur des Willkommens – sondern eine Unkultur des Aufhetzens und Abschreckens. Viele scheinen nicht zu merken, dass diese Hetze äußerst gefährlich ist und die Spaltung in der Gesellschaft vorantreibt. Diese ist das Ziel der „Sarraziner“, denn nach dem Motto „teile und herrsche“ lässt es sich leicht von oben „durchregieren“ – während Politik im Interesse der Privilegierten gegen eine Gesellschaft, die sich geschlossen gegen Armut, Kriegspolitik und Rassismus wehren würde, keine Chance hätte. Der Sozialabbau macht es Nazis und Rechtspopulisten einfach, eine Sündenbock-Strategie durchzusetzen. So wird eine Stimmung geschaffen, in der sozialdarwinistische und rassis-

tische Äußerungen wie die von Sarrazin zur Normalität in Deutschland werden. „Sarrazin hat doch Recht“ – das wird nicht nur in neoliberalen Medien gesagt, sondern alltäglich von Schülerinnen und Schülern, Studierenden, Erwerbslosen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Akademikerinnen und Akademikern ausgesprochen – und sogar von Migrantinnen und Migranten selbst. Unfassbar ist es, dass Necla Kelek Sarrazins Thesen unterstützt und die Islamphobie mit ihren oftmals beleidigenden Aussagen vorantreibt. Für ihr „Engagement“ wurde sie in vielen bürgerlichen Medien gelobt und mit dem Freiheitspreis der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung ausgezeichnet. Wie wird Freiheit von dieser Stiftung definiert? Als die Freiheit, öffentlich rassistische Aussagen zu machen oder Muslime zu beleidigen und Islamphobie voranzutreiben? Die Freiheit, von der Frau Kelek spricht, liefert falsche und gefährliche Argumente für die Islamophoben, denen sie sie „all das bestätigt, was sie schon immer über Muslime gedacht haben“ (Migrationsforscher Werner Schiffauer) und damit als Alibi für ihre Ressentiments dient. Weder Sarrazin noch Frau Kelek haben etwas zu einem friedlicheren Miteinander beigetragen, sondern fördern nur die Spaltung der Gesellschaft.

In gesellschaftlichen Krisenzeiten den Hass auf Minderheiten zu schüren – ein Blick ins Geschichtsbuch reicht aus, um zu sehen, dass Sarrazin und Kelek ein nicht nur schäbiges, sondern buchstäblich brandgefährliches Spiel betreiben. 1929 begann die Weltwirtschaftskrise durch den Zusammenbruch der New Yorker Börse. Als Folge dieser Krise kam es zum Zusammenbruch von Wirtschaftsunternehmen, zu Deflation und Massenarbeitslosigkeit. Grund für diese Krise war die Überproduktion von Waren und Massenspekulationen an der Börse, die durch Kredite finanziert worden waren. In Deutschland stieg die Arbeitslosenzahl auf über sechs Millionen – und zugleich wurde, geschürt von Nazi-Hetzern, der Hass auf Juden und andere Minderheiten zur Massenideologie. Auf dieser Basis konnte dann Adolf Hitler mit dem Versprechen, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen und sogenannte „Volksschädlinge“ zu eliminieren, die Macht übernehmen. Die grauenhaften Ereignisse nach dieser Übernahme sind bekannt.

Auch Sarrazin und Kelek werden schon einmal in Geschichtsbücher geschaut haben – also wis-

sen, was sie tun. 2008 begann die derzeitige Wirtschaftskrise durch die schlimmste Bankenkrise seit 1929. Wenig später wurden die Thesen von Sarrazin veröffentlicht - und stießen auf bestürzend große Resonanz. Wie sich die aktuelle Situation entwickeln wird, ist noch nicht klar. Klar ist nur: Die Finanz-, Wirtschafts- und Währungs- und Arbeitslosigkeit und Sozialabbau, Armut und Krieg sind nicht die Schuld der MigrantInnen, der Arbeitslosen oder RentnerInnen. Doch die wahren Schuldigen, die Spekulanten und Banker, wurden nicht einmal zur Verantwortung gezogen – nein, sie wurden sogar mit hohen Abfindungen belohnt. Die Armen wurden ärmer und die Reichen reicher. Der wahre Konflikt findet nicht zwischen den Ethnien oder den Religionen statt, sondern zwischen Arm und Reich.

Besonders in ökonomischen Krisenzeiten wird von den Herrschenden auf Rassismus zurückgegriffen. In seiner Erklärung, die auch Grund für die Rück-

nahme der Parteiausschlussanträge war, versicherte Sarrazin, er werde sich in Zukunft an SPD-Grundsätze halten. Gleich nach diesem Versprechen stichelte er prompt weiter und kritisierte die geplante MigrantInnenquote seiner Partei mit den Worten: „Je migrantischer diese Leute eingestellt sind, desto weniger neigen sie dazu, Probleme oder Schwierigkeiten objektiv zu sehen.“ Klar ist, dass die „Sarraziner“ weitermachen werden. Um die gefährlichen Auswirkungen ihres rassistischen, menschenverachtenden Diskurses zu bannen, hat DIE LINKE die wichtige Aufgabe, einen starken aufklärerischen Gegendiskurs zu führen – und die Bedingungen einzufordern, die ein wirklich demokratisches, gleichberechtigtes und respektvolles Miteinander aller Menschen erst ermöglichen.

Cansu Özdemir, Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE für Soziales, Partizipation und Inklusion

Buchtipps: Der wahre Reichtum bleibt ein Geheimnis

Ulrike Herrmann ist sicher nicht verdächtig revolutionärer Klassenideologien verfallen zu sein. Mit ihrem Buch „Hurra, wir dürfen zahlen“ – Westend Verlag – hat sie aber einen wichtigen Beitrag zur sozioökonomischen Lage der Menschen in unserer Gesellschaft geleistet. Von einer Klassengesellschaft mag die ehemalige Pressesprecherin von Krista Sager (Grüne) nicht sprechen. Von der Verlogenheit dieser deutschen Klassenwirklichkeit schreibt die kleinbürgerliche Autoren aber viel; weit mehr als manch revolutionärer Phrasendrescher. Allein das Inhaltsverzeichnis verspricht, was es auch im Text hält: „Fast jeder fühlt sich fast reich“, aber „Der wahre Reichtum bleibt ein Geheimnis“. Oder: „Die Reichen rechnen sich arm“ und „Die Armen werden reich gerechnet“. „Die Eliten bleiben unter sich“ und „Gleich und Gleich gesellt sich gern“.

So kann wer will – ohne marxistische Terminologie – in Ulrike Herrmanns Buch erfahren: Im Jahr 2008 hat die Beratungsfirma Boston Consulting gut 373.000 Dollarmillionäre in Deutschland gezählt. Die Beratungsfirma Capgemini kommt im selben Jahr auf über 800.000 auf demselben Territorium. Weltweit kommt letztere auf 32,8 Billionen Dollar Vermögen im selben Zeitraum; erstere aber auf 92,4 Billionen. In Deutschland sollen also bei den einen nur die Hälfte der anderen Millionäre sein, während diese global grob gerechnet das Dreifache an Vermögen „errechneten“ als es bei Capgemini waren.

Sei es wie es sei! Während gut 60 Prozent des Vermögens in Deutschland bei zehn Prozent der Bevöl-

kerung sich privatisiert – von diesen wiederum nur zehn Prozent der Menschen über zwei Drittel dieser Summe auf sich konzentriert – haben die unteren 70 Prozent aller Bürger ganze neun Prozent des Gesamtvermögens. Dieses Verhältnis hat sich im Verlauf der letzten 120 Jahre im Kern nicht verändert. Gleichgültig in welcher staatlichen Verfasstheit sich unser Land konstituierte.

Was auf die Vermögensverteilung zutrifft, trifft auch für die Einkommensverteilung zu. Wobei die Eliten bemüht sind Ihresgleichen in entsprechenden Führungspositionen zu hiefen. Der soziale Aufstieg bleibt auch im libertären Kapitalismus die allzu seltene Ausnahme. Die Regel, das reich reich bleibt und arm, arm, ist trotz aller Nivellierungsversuche der Herrschenden die Gesellschaftsstruktur in transparente Schichten umzudichten, eine Tatsache. Auch die modernen Milieudisambiguationen von unterschiedlichen Lebensstilen bieten hier keine reale Grundlage für soziale Hierarchien. Das (verallgemeinerte) Individuum kann sich nicht aus seiner Schicht durch Selbstinszenierung seiner Lebensweise lösen. Dies trifft sowohl für das Oben, die Mitte und das Unten unserer Gesellschaftsformation zu. Die wirtschaftlichen und damit auch die materiellen Verhältnisse waren, sind und bleiben ausschlaggebend für ihren Status auch im entwickelten Kapitalismus.

Tilman Rosenau

Ulrike Herrmann: Hurra, wir dürfen zahlen, Westend-Verlag Jahr, Preis: 16,95 Euro

Zwischen Jerusalem und Nouakschott

Deutsche Außenpolitik im Stresstest. Man hat immer wieder gesagt, dass die deutsche Außenpolitik keine Nah-Ost-Politik habe. Das stimmt nicht ganz. Für Nordafrika aber stimmt es ganz gewiss.

Die deutsche Außenpolitik rudert in schwerer See. Seit Jahrzehnten konnte sie im Kielwasser der Amerikaner, Briten und Franzosen die ruhigen Häfen ihrer nordafrikanischen Spießgesellen anlaufen. Jetzt sind sie weg bzw. wehren sich mit all den Waffen, die man ihnen offensichtlich doch zu diesem Zweck verkauft hatte. Die alten Kolonialherren verlangen nun von den Deutschen, mit den alten kolonialen Instrumenten des Militärs eine Ordnung aufrecht zu erhalten, die das Personal zwar auswechselt, aber danach die Interessen der ehemals Verbündeten voll berücksichtigen soll. Dass es ihnen dabei ziemlich gleichgültig ist, welche Art eines neuen Regierungssystem sich in Nordafrika etabliert – Demokratie, Diktatur, Korruption oder alles zusammen –, haben sie über Jahrzehnte mit der Unterstützung von Machthabern bewiesen, die zwar antidemokratisch, oft diktatorisch und in jedem Fall korrupt waren, aber die ökonomischen und politischen, ja auch die privaten Interessen ihrer Schutzherren zuverlässig bedienten.

Man hat immer wieder gesagt, dass die deutsche Außenpolitik keine Nah-Ost-Politik habe. Das stimmt nicht ganz. Für Nordafrika aber stimmt es ganz gewiss. Joschka Fischers letztes Buch über die Außenpolitik der rotgrünen Koalition erwähnt die nordafrikanischen Staaten nicht einmal. Warum auch? Man bekam, was man wollte: billige Arbeitskräfte, Öl, Hilfe bei der Abwehr afrikanischer Flüchtlinge und Stillhalten gegenüber Israel. Die Machthaber und ihr Hofstaat waren zwar despotisch und korrupt, aber zuverlässige, ja „ausgezeichnete Partner“, wie die Adenauer-Stiftung noch im November 2010 die tunesische Regierung lobte, - und sie hatten die Radikalen des Islam im Griff. Tunesien hatte die billigsten Arbeitskräfte, sie lagen 2008 „im internationalen Vergleich am unteren Ende der Skala“, wie die Außenwirtschaftsagentur des Bundes „Germany Trade and Invest“ berichtete. In der Presse wurde Tunesien als „ein aufgeklärtes Land mit liberaler Wirtschaftsordnung“ gelobt, für die der „milde Diktator“ Ben Ali verantwortlich sei. Die Hungerlöhne waren es vor allem, die deutsche Firmen anlockte, um industrielle Vorprodukte zur Weiterverarbeitung nach Tunesien zu schaffen und wieder zu reimportieren. So wurde Tunesien zum bedeutendsten deutschen Exportpartner im Maghreb und als verlängerte Werkbank zum drittgrößten Handelspartner Deutschlands. 2008 trat Tunesien als erstes Land

Nordafrikas einer Freihandelszone mit Europa bei. Auch bei der Abwehr afrikanischer Flüchtlinge zeigte Tunis die notwendige Härte und Kooperationsbereitschaft.

Die Bundesregierung konnte den Tunesiern zu diesem Zweck 2005 einige gebrauchte Marineschnellboote verkaufen. Amnesty International protestierte damals mit Hinweis auf die Menschenrechtsklausel des Assoziationsabkommens, welches die EU mit Tunesien schon zehn Jahre zuvor abgeschlossen hatte. Wenn die EU die Menschenrechte wirklich ernst nähme, hätte sie das Abkommen mit Tunesien längst „kündigen“ müssen, kritisierte sie schon 2006. Erst jetzt, nachdem Ben Ali verjagt ist, meint auch die Bundeskanzlerin, dass es „unabdingbar“ sei, „die Menschenrechte zu respektieren“. Rüstungsexporte spielen bei solchen Beziehungen ohnehin eine bedeutende Rolle. Die alten Kolonialmächte Frankreich und Spanien sowie die USA lieferten den Hauptteil, aber die deutsche Rüstungsindustrie hat eindrucksvolle Steigerungsraten zu verzeichnen: 2009 beliefen sich die Ausfuhren nach Marokko auf 37 Millionen Euro, nach Libyen auf 53 Millionen Euro und nach Ägypten auf 77,5 Millionen. Lediglich Algerien orderte Waffen in einer Höhe von „nur“ neun Millionen Euro. Dass diese Geräte nicht vorwiegend zur Verteidigung gegen die Nachbarn, sondern zum Angriff im Innern und zur Abwehr gegen Flüchtlinge dienten, musste den deutschen Behörden angesichts des Charakters der Regime klar sein.

Gerade bei der Flüchtlingsabwehr erhielt Libyen in den letzten Jahren eine zentrale Rolle. Es hatte zigtausend Arbeitskräfte aus dem Ausland geholt, war aber wegen seiner harten Hand gegenüber Flüchtlingen und Migranten berüchtigt. In dem Rahmenabkommen mit der EU von 2008 spielte die Abwehr von Flüchtlingen eine wichtige Rolle. In einem zusätzlichen Abschiebeabkommen sollte Libyen zu einem Platz gemacht werden, wohin alle unerwünschten Flüchtlinge abgeschoben werden konnten. Selbst ein so entlegenes Land wie Mauretanien, in dem noch Sklavenarbeit auf der Tagesordnung ist, ist nicht nur wegen vermuteter Erdölquellen, nach denen BASF und RWE suchen, und erwiesener reicher Fischgründe interessant, sondern auch wegen der Abwehr von Flüchtlingsbootten auf der Route zu den Kanarischen Inseln. Es ist schon zynisch, zumindest absurd: Ähnlich wie vor der Küste von Somalia fischen die großen Fang-

flotten die Fischgründe leer und nehmen den Küstenbewohnern ihre Lebensgrundlage. Wehren sie sich mit den Mitteln der Piraterie oder nehmen ihre Boote, um Europa zu erreichen, wechseln sie in den europäischen Administrationen von der Hilfe der Entwicklungspolitik zur militärischen Verfolgung des Verteidigungsressorts.

Libyens größter Trumpf ist allerdings sein Öl. Das Land verfügt offensichtlich über die größten Reserven in Afrika, von sehr guter Qualität. Die Tatsache, dass im Laufe der Unruhen über 30.000 chinesische Arbeiter aus dem Land gebracht wurden, zeigt, dass China auch in diesem rohstoffreichen Land als sehr ernsthafter Konkurrent zu den alten Kolonialmächten und den USA auftritt. Dieses bereitet den traditionellen Platzhirschen an den Bohrstellen mehr Probleme als der vorübergehende Verzicht auf einen bisher nur kleineren Öllieferanten. Das heißt, dass das außenpolitische Interesse der EU-Staaten und der USA momentan eindeutig darauf gerichtet ist, die Stabilität des Landes und der Region durch Beseitigung der alten und Einrichtung einer neuen Führung wiederherzustellen, die den Einfluss und den Zugriff der Chinesen auf die Rohstoffe begrenzt. Friedbert Pflüger von der CDU bezeichnet diese neue Konfrontation um die Rohstoffe durchaus zutreffend als die „neue Ära des Rohstoff- und Energie-Imperialismus“. Und dass jeder Imperialismus mit militärischer Gewalt verbunden ist, weiß auch er und wird gegenwärtig wieder in Libyen demonstriert.

Ägypten hingegen ist wegen seiner strategischen Lage außenpolitisch von größtem Interesse. Da ist einmal der Suezkanal, um den es bereits 1956 einen Krieg gegeben hat. Ungleich wichtiger ist derzeit jedoch die Nachbarschaft zu Israel und die Rolle Mubaraks als faktische arabische Rücken- deckung der Besatzungspolitik Israels. Nicht ohne Grund wurde in der israelischen Regierung der Untergang der Ära Mubarak mit äußerster Besorgnis und Unbehagen verfolgt. Unter seiner „Vermittlung“ war jeder Versöhnungsversuch zwischen Fatah und Hamas vergeblich. Kaum ist er verschwunden, erweist sich die Vermittlung Ägyptens zwischen Fatah und Hamas als erfolgreich. Mubarak hatte den Übergang zwischen dem Gazastreifen und Ägypten in Rafah genauso geschlossen gehalten wie die Israelis. Ja, er hatte sogar begonnen, die Tunnel, die einzigen Versorgungsadern der Palästinenser, zu sperren. Jetzt ist der Übergang offen, und die israelische Regierung fürchtet wahrscheinlich zu Recht eine weitere Distanzierung der neuen arabischen Führungen von ihrer Politik.

Dementsprechend werden auch die USA, die EU und vor allem die Bundesregierung ihre Nah-Ost-Politik anpassen müssen, es sei denn, es gelingt ihnen, auch die neuen Führungen in das alte Gleis der Unterstützung der israelischen Besatzung zurückzusetzen. Die Bemühungen der US-amerikanischen, europäischen und auch der deutschen Außenpolitik gehen in diese Richtung. Ohne Not hat sich Frau Merkel schon jetzt darauf festgelegt, die Initiative der PLO zur Anerkennung eines palästinensischen Staates auf der nächsten UNO-Generalversammlung im September nicht zu unterstützen.

Bei allen Differenzen, die sich zwischen der Bundesregierung und den Regierungen der NATO-Staaten über die militärische Intervention in Libyen gezeigt haben, stimmen sie doch in dem Ziel überein, die alten Positionen auch bei den neuen Führungen zu verankern. Der Leiter der Münchener Sicherheitskonferenz und ehemalige hohe Diplomat, Wolfgang Ischinger, hat hierfür jene Doppelstrategie vorgeschlagen und wieder in das Gedächtnis zurückgeholt, die schon erfolgreich beim Übergang der beiden Militärdiktaturen in Spanien und Portugal in demokratische Regime angewandt wurde. Über die Botschaften und die NATO habe man seinerzeit mit den Diktaturen paktiert, über die politischen Stiftungen der Parteien, die seinerzeit in den Staaten aktiv waren, habe man aber enge Beziehungen zur Opposition unterhalten und ihnen im entscheidenden Umbruch wirksame Unterstützung zukommen lassen. Da die Stiftungen durch das Auswärtige Amt und das Entwicklungshilfeministerium finanziert werden, ist sichergestellt, dass sie bei ihren Aktivitäten weitestgehend die außenpolitischen Interessen der Bundesregierung vertreten.

Ob sich die arabische Opposition gegen diese auch finanziell attraktiven „Hilfen“ wehren kann und eine selbstbestimmte und unabhängige neue Führung hervorbringt, werden die nächsten Monate und Wahlen erweisen. Die deutsche Außenpolitik wird sich jedoch nicht aus dem Zentrum dieser neuen „Ära eines globalen Energie- und Rohstoffimperialismus“ (F. Pflüger) entfernen können und wollen. Allerdings muss es gelingen, sie von allen weiteren militärischen Abenteuern fernzuhalten. Das wäre der Kern einer wirklichen Bundeswehrreform!

Norman Paech, emeritierter Professor für Verfassungs- und Völkerrecht an der (ehemaligen) Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg (HWP), Hamburger Bundestagsabgeordneter der LINKEN 2005 bis 2009

